



Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

41. Sitzung (öffentlich)

20. Mai 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkt:

Der Forstwirtschaft in NRW unbürokratisch helfen – Hilferufe der nordrhein-westfälischen Waldbauern ernst nehmen!

3

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7534

und

Klimawandel ernst nehmen – Maßnahmen zur Rettung der Wälder in NRW deutlich verstärken!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7901

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Der Forstwirtschaft in NRW unbürokratisch helfen – Hilferufe der nordrhein-westfälischen Waldbauern ernst nehmen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7534

und

Klimawandel ernst nehmen – Maßnahmen zur Rettung der Wälder in NRW deutlich verstärken!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7901

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich begrüße alle Experten recht herzlich und heiße Sie herzlich willkommen hier im CDU-Fraktionssaal. Wir sollten eigentlich im Plenum sein, haben aber mit einem Ausschuss getauscht, der noch ein bisschen mehr Experten hat als der unsrige.

Wie Sie alle wissen, hat der Landtag den Antrag der AfD-Fraktion sowie den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an unseren Ausschuss zur Beratung überwiesen. Wir haben daraufhin beschlossen, heute eine öffentliche Anhörung zu diesen Anträgen durchzuführen.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Stellungnahmen und dafür, dass Sie unserer Einladung trotz Coronaschwierigkeiten gefolgt sind. Herr Welge von den kommunalen Spitzenverbänden hat heute Morgen krankheitsbedingt absagen müssen. Max von Elverfeldt kann ebenfalls nicht teilnehmen.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

Sollte es keine weiteren Fragen geben – ich sehe keine –, schlage ich vor, mit der Anhörung zu beginnen.

Norwich Rüße (GRÜNE): Auch von unserer Seite vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen, und für die schriftlichen Stellungnahmen, die wirklich interessant sind.

Ich würde gerne allen Fragen stellen, aber ich muss mich ja auf eine Person beschränken. Ich möchte zunächst Herrn Klingebiel vom RVR fragen.

Sie haben es in Ihrer Stellungnahme „natürliche Dynamik“ genannt, die natürliche Dynamik nutzen, Waldverjüngung. Wenn man jetzt diese mehrjährige Dürre sieht, Borkenkäferbefall, warum setzen Sie vor allem darauf? Wie stellen Sie sich vor, dass der Waldumbau gelingen kann? Und was sind die größten Fehler, die man dabei machen kann?

Harald Klingebiel (Regionalverband Ruhr): Danke erst einmal für die Frage. Wir sind im Klimawandel. Wir haben Veränderungen vor uns, und erst mal haben unsere Pflanzenarten, unsere Waldbaumarten ähnliche Phasen – vielleicht nicht ganz so vergleichbar – auch schon erlebt. Das heißt, da ist ein genetisches Anpassungspotenzial vorhanden. Es geht natürlich jetzt darum, diese Veränderung zu nutzen, damit sich dieses genetische Anpassungspotenzial entfalten kann. Das entfaltet sich nicht mehr in Altbeständen. Diese alten Bäume müssen sozusagen aus ihrem individuellen Fundus schöpfen, aber in der nächsten Generation ist natürlich der Punkt, dass sich eine neue heranwachsende Generation in der Naturverjüngung mit einer Million Pflanzen auf einen Hektar ausdifferenziert und der fitteste durchsetzt. Das ist ein Potenzial, das wir nicht kennen auf der einen Seite, das wir wissenschaftlich ein Stück weit beobachten können, was wir mutmaßen können, aber wo ein Potenzial ist, das wir in dieser Situation, Entscheidung nach Unsicherheit, für uns nutzen müssen.

Da ist natürlich klar, wenn ich 4.000 Pflanzen in der Baumschule pro Hektar bestelle – wir pflanzen klassischerweise in der Forstwirtschaft 4.000 Bäume –, habe ich ein geringeres genetisches Anpassungspotenzial, als wenn ich eine Million pflanze über eine Naturverjüngung, und zwar nicht nur da, wo ich sie haben will, sondern das ist ein Prozess, der im gesamten Wald läuft.

In dem gesamten Ökosystem sind Störungen, die ich nicht plane, die ich nicht sehe. Ich komme als Förster, der ich zweieinhalbtausend Hektar bewirtschafte, nicht täglich oder nicht wöchentlich oder nicht jährlich überall hin, sondern es ist so, dass sich diese Dynamik ohne mein Zutun entwickelt. Es gibt so einen Spruch: Wie gut hat's doch die Forstpartie, der Wald, der wächst auch ohne sie. – Und da tut sich was. Dieses „sich tun“, diese Dynamik muss stattfinden können. Und die kann nur stattfinden, wenn ich nicht überall da, wo ich sehe, auch bewusst einen Zaun hinstelle und das teuer bezahlen muss, sondern wenn diese Dynamik in dem Waldökosystem stattfindet und dieses Anpassungspotenzial, das wir jetzt dringend brauchen, erst mal eine Ausschöpfung erfährt. Und danach reden wir weiter über Baumarten, die dazugefügt werden können, die aus wärmeren Regionen kommen. Manche diskutieren da den Superbaum. Aber eigentlich ist in unserem natürlichen Ökosystem ein Anpassungspotenzial vorhanden, das wir noch nicht ausschöpfen und zum Teil nicht ausschöpfen können.

Annette Watermann-Krass (SPD): Auch von der SPD-Fraktion herzlichen Dank für Ihre sehr umfangreichen Stellungnahmen. Als die Anträge geschrieben worden sind, war die Situation noch eine andere im Wald. Sie verändert sich ja wöchentlich, aber sie verbessert sich nicht. Insofern ist vor allen Dingen die Frage: Reicht das Geld, und wie können wir uns das zukünftig vorstellen?

Jetzt haben einige in ihren Stellungnahmen dazu etwas geschrieben. Wir müssen an die Ökosystemleistung ran und sie darüber finanzieren. Ich nehme mal Herrn Wolff. Ihre Ausführungen fand ich sehr konkret, sehr umfangreich. Vielleicht können Sie das hier noch mal darstellen: Wie benenne ich denn diese Leistung, wie definiere ich sie, und vor allen Dingen wie messe ich sie dann, wenn ich sage, das sind die Ökosystemleistungen?

Markus Wolff (Technische Betriebe Remscheid): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank. Ökosystemdienstleistungen. Wir leben in einer Dienstleistungsgesellschaft, aber die Forstwirtschaft stellt umfangreiche Dienstleistungen bereit, die nach unserer Ansicht bislang nicht ausreichend honoriert werden. Eine wichtige Ökosystemdienstleistung ist der Faktor „Erholung und Gesundheit“. Gerade jetzt, in Zeiten von Corona haben wir alle gesehen, wie beliebt der Wald doch wieder ist, wie wertvoll er ist für die Menschen als Rückzugs- und Erholungsraum. Für die Waldbesitzer bedeutet das aber Belastungen durch Müll, durch Verkehrssicherungsmaßnahmen, durch Beschwerden über schlechte Wege und, und, und. Da gibt es seit vielen Jahren umfangreiche Studien, wissenschaftsbasierte Fakten, die auf dem Tisch liegen. Wir haben das in Remscheid vor Jahren mal wissenschaftlich eruiert, was der Stadtwald in Remscheid wert ist. Was leistet der jedes Jahr für die Gesellschaft, volkswirtschaftlicher Wert? Da kamen wir auf eine auch für uns sehr überraschende Zahl von über 11.000 Euro pro Jahr und Hektar. Da sind alle Ökosystemdienstleistungen bewertet worden auf Basis wissenschaftlicher Studien, die weltweit vorliegen und auf unser Projekt ausgewertet wurden. Allein den Faktor Klimaschutz könnte man bewerten. Da gibt es umfangreiche Studien auch aus Nordrhein-Westfalen, wieviel nachhaltige Waldbewirtschaftung jährlich und pro Hektar an Klimaschutzleistung erbringt. Das kann man mit dem aktuellen CO₂-Emissionspreis der Börse in Leipzig, etwa 25 Euro pro Tonne CO₂, honorieren. Das mal zehn, das ist der Faktor, der durch nachhaltige Waldbewirtschaftung jedes Jahr der Atmosphäre entzogen wird. Und wie von Geisterhand ist man bei 250 Euro pro Jahr und Hektar. Das wäre der Einstieg in die Honorierung einer Ökosystemdienstleistung Klimaschutz. Und damit kann man eben auch andere Dinge, Erosion, Sauerstoffproduktion, Erholung, Gesundheit, viele andere Dinge, in die Waagschale werfen, wozu es eben umfangreiche Studien gibt, wovon letztendlich die Waldbesitzer endlich profitieren sollten.

Jochen Ritter (CDU): Auch von der CDU-Fraktion herzlichen Dank für die umfangreichen Stellungnahmen und dafür, dass Sie sich einen Tag vor Christi Himmelfahrt bei dem schönen Wetter hier in den Landtag begeben haben.

Als Sauerländer bleibe ich mit meiner Frage in der Region und frage einen Hochsauerländer, Herrn Halbe. Mir geht es um Finanzen. Nach der Erklärung, die den Namen Ihrer schönen Stadt trägt, der Schmallenberger Erklärung, sind bereits erhebliche Beiträge für Wiederaufforstung für die nächsten Jahre zugesichert. Demgegenüber wird in einem Antrag ein Waldfonds gefordert. Ich wüsste gerne, was Sie davon halten vor dem Hintergrund, was bisher schon auf den Weg gebracht worden ist.

Bernhard Halbe (Bürgermeister Stadt Schmallenberg): Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Verehrte Anwesende! Das Thema „Wald“ ist natürlich in vielen Punkten sehr komplex. Wir gehen, wenn ich das noch mal aus der Sicht des Kommunalwaldes NRW sagen darf, nach einer Umfrage davon aus, dass mehr als 12.000 ha Stadtwald verlorengegangen sind durch die Borkenkäferkatastrophen und durch die Dürren. Wir setzen 8.000 Euro für die Wiederaufforstung an. Da kommt man schnell bei einem Betrag an, für den Fördermittel bis jetzt einfach nicht ausreichen können. Sie sind nicht da.

Wir glauben, dass mit der Förderrichtlinie Extremwetterfolgen im Wald ein erster Schritt gegangen wird, vor allen Dingen für kleine Betriebe. Für die großen Betriebe stoßen wir da sehr schnell an die De-minimis-Grenze. Das wird bei Weitem nicht reichen.

Das Thema „Waldfonds“ begleitet die Diskussion seit vielen Jahren. Ich habe es in der Stellungnahme auch gesagt, demokratisch geführter Wald, öffentlicher Wald in den Kommunen ist das, was wir täglich leben. Es ist eigentlich auch immer die Idee, dass die Stadträte mit ihren Förstern entscheiden, was im Wald passiert. Beim Staatswald ist das ähnlich. Da entscheidet letzten Endes der Landtag.

Was mich an diesen Waldfonds immer ein Stück stört, ist das Abgehen vom Bottom-up-Prinzip. Wir haben unglaublich viele Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, die mit großer Freude ihren Wald bewirtschaften, sehr vielfältige verschiedene Lösungen wählen. Da erschließt sich nicht der Sinn, dass man Geld in einen Waldfonds investiert, bei dem wieder irgendwer irgendwas entscheidet. Das sind unsere großen Bedenken dazu. Der gewünschte Weg ist eigentlich der der Förderung für die jetzigen Eigentümerinnen und Eigentümer, damit die ihre Vorstellungen von Waldbau im Sinne des Fördergebers verwirklichen können.

Andreas Keith (AfD): Mein Dank auch im Namen unserer Fraktion an die Sachverständigen für die umfänglichen Stellungnahmen, die Sie abgegeben haben, und dafür, dass Sie sich heute den Nachfragen von uns zur Verfügung stellen.

Wir haben eine Frage an die Firma Strunz Waldpflege, an Herrn Strunz oder an Herrn Conzen. Sie können sich ja die drei Minuten teilen. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass egal, über welche Waldschäden wir auch immer sprechen, das Schadensausmaß immer wieder systematisch unterschätzt wird. Die Kulturen sowie die anschließende Pflege der Bestände werden immer wieder massiv vernachlässigt. Warum ist das so? Und warum reicht das Geld alleine nicht aus?

Rainer Strunz (Strunz Waldpflege GmbH): Die Schäden sind, glaube ich, maßlos unterschätzt worden. Ich gehe jetzt mittlerweile von 1 Million ha Wald aus, die in Deutschland kaputt ist. Ich komme mit meinem Fahrrad ziemlich viel durch Deutschland durch und schaue mir das an. Nur zur Information: 1 Million ha bedeuten 500 Millionen t CO₂-Freisetzung. Ich sage das, damit wir uns mal der ganzen Dramatik klar sind. Das soll heißen, wir haben unsere Klimaziele auf Übelste verfehlt. Wenn wir sagen, wir wollen reduzieren, wir sind genau im Gegenteil. Wir haben keine CO₂-Senke mehr, wir haben einen Emitter. Der Wald ist momentan ein Emitter.

Und dann möchte ich noch anführen, warum Geld alleine nicht reicht. Das Pflegeproblem, das wir in der Krankenpflege sehen, haben wir aufs übelste im Wald genauso, vielleicht noch schlimmer. Es gibt praktisch keine Fachkräfte mehr. Fachkompetenz ist dahin. Wir haben Stellenabbau. Das wisst ihr. Das ist ein ganz großes Problem. Also, Geld allein wird es nicht richten. Wir müssen gesellschaftlich massiv umdenken. Wir brauchen wieder Leute im Wald.

Rolf Conzen (Strunz Waldpflege GmbH): Ich bin Waldbesitzer im Sauerland und muss sagen: Wir stehen mit dem Rücken an der Wand. Wir haben keine Einnahmen mehr oder geringe Einnahmen jetzt mit Borkenkäferbefall im Holz. Es ist schwierig für uns, aufzuforsten. Die Förderung kommt nicht an oder ist an Kriterien gebunden, die noch nicht bekannt sind. Also, ich habe dieses Jahr gepflanzt. Ich habe nachgefragt beim Forstamt, welche Kriterien es für Förderung gibt. – Unbekannt. Dann habe ich selber bezahlt. Aber bei den zunehmenden Flächen wird es irgendwann nicht mehr möglich sein, aufzuforsten, weil keine Einnahmen mehr da sind. Also, für die privaten Betriebe wird es sehr schwierig werden.

Rainer Strunz (Strunz Waldpflege GmbH): Ich war vor drei Monaten, kurz vor Corona, in Arnsberg auf dem 10. Waldforum. Da haben sich die Förster tolle Gedanken über Baumarten gemacht. Sie haben Baumhasel, Lindenblättrige Birke, Atlasbaum und Libanonzeder. Davon habt ihr vielleicht noch nichts gehört. Dann sagte ein Waldbauer: Was kriege ich denn davon jetzt gefördert? Da war die knappe Antwort: Nichts. Die Baumarten sind nicht in der Förderung. – Also können wir das vergessen.

Ich habe am Anfang gesagt, wir haben die Schäden massiv unterschätzt. Es werden nie strategische Wasserlager angelegt. Das, was da draußen in der Natur ist, ist ein Witz. Ich habe mit einem Hessen gesprochen, der für den Holzverkauf bei Hessen-Forst zuständig ist, und gefragt, wieviel Wasserlager sie haben. Da sagt er: 200.000 oder 300.000 m³. Da sage ich: Du könntest mindestens 5 Millionen machen. – Ich komme aus Schweden und habe in Schweden studiert: Da wird nach jeder Katastrophe ein Riesenwasserlager aufgebaut. Das findet nicht statt.

Markus Diekhoff (FDP): Vielen Dank auch von meiner Seite an alle Sachverständigen. Es ist für uns von unschätzbarem Wert, dass Sie uns immer so detailliert Antworten geben auf drängende Fragen, und deshalb gebührt dieser Dank Ihnen.

Wir haben gerade schon etwas zu einem wesentlichen Bestandteil des Grünen-Antrags gehört, nämlich zum Thema „staatlicher Waldfonds“. Dazu möchte ich gerne Frau Buß-Schöne etwas fragen.

Dieser staatliche Waldfonds unterstellt ja im Prinzip, dass private Waldeigentümer im großen Umfang Wald verkaufen wollen, dass sie ihn offensichtlich nicht verkaufen können, weil sonst müsste der Staat ja nicht einspringen. Deshalb die Frage an Sie als Vertreter der Waldbauern: Ist so ein Instrument erforderlich? Gibt es so viele private Waldbesitzer, die dringend verkaufen wollen? Wie sehen Sie das?

Heidrun Buß-Schöne (Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordneten und Anwesenden! Vielen Dank für die Frage. Ich erkenne im Moment nicht, dass Waldbesitzer im großen Stil Wald verkaufen möchten. Sollten solche Entwicklungen eintreten, bin ich mir sicher, dass das der Markt reguliert. Keinesfalls sollte der Staat durch staatliche Ankäufe in den Markt eingreifen. Ich glaube, mehr brauche ich dazu nicht zu sagen.

Norwich Rüße (GRÜNE): Eigentlich wollte ich etwas anderes fragen, aber es macht ja immer Sinn, zu einem Punkt mehrere Meinungen zu hören. Ich würde dann die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald gerne fragen an der Stelle, wie sie so einen Waldfonds einschätzt. Ich will das erweitern: Es geht um die Frage, ob die Waldbesitzer in der Lage sind, ihren Wald wieder in Gang zu bringen. Dafür sind ja auch investive Mittel notwendig. Sie haben das in Ihrer Stellungnahme beschrieben, auch über Möglichkeiten, Pachtmodelle nachzudenken, ob der Landesbetrieb eine Zeit lang Flächen pachtet. Können Sie zu einem Waldfonds und zur Verpachtung, zu diesem Pachtmodell etwas sagen? Wie soll das konkret aussehen bei der Frage Pacht, Wertzuwachs? Wie funktioniert das?

Gerhard Naendrup (Schutzgemeinschaft Deutscher Wald): Vielen Dank für die Fragen. Wir haben es in unserer Stellungnahme angedeutet, dass wir den Vorschlag der Grünen, was den Waldfonds anbetrifft, sehr positiv finden. Man muss sich vergegenwärtigen, wie die aktuelle Situation gerade im kleinen Privatwald ist – es ist ein enormer Schadensausmaß –, die Flächen, das Schadholz zu ernten und zu verkaufen. Verkaufen ist momentan fast unmöglich. Das heißt, auch die Flächenvorbereitung kostet Geld. Auf der anderen Seite sind keine Erlöse vorhanden. Das heißt, der kleine Waldbesitzer müsste wirklich Geld in die Hand nehmen und investieren, und das in einer Situation, die bedingt durch den Klimawandel mit sehr vielen Unwägbarkeiten verbunden ist.

Andererseits muss man sehen: Sie sind ja selber Landwirt. Von Grund und Boden trennt man sich nicht. Das Thünen-Institut hat in einer Untersuchung im kleinen Privatwald aufgezeigt, was die Motivation der kleineren Waldbesitzer ist. Die haben nicht in erster Linie Interesse, Gewinne zu erzielen, sondern ein Hauptmotivationsgrund ist, ihren Wald gesund an die Nachfahren weiterzugeben. Da würde sich eben aus unserer Sicht eine gute Möglichkeit über Pachtmöglichkeiten ergeben. Man müsste prüfen, inwieweit da vertragliche Möglichkeiten gegeben sind. Und man müsste natürlich den Rahmen festsetzen, wie der Wald zu bewirtschaften ist, aus unserer Sicht naturnahe Bewirtschaftung. Da könnte ich mir schon vorstellen, dass da eine gewisse Nachfrage da ist. Aber man müsste das im Einzelnen prüfen, wie das aussehen könnte.

Rainer Deppe (CDU): Meine Frage geht an Herrn Schölmerich. Herr Klingebiel hat eben die große Varianz bei der Naturverjüngung dargestellt und darauf gesetzt, dass die Natur das sozusagen selber regelt. Jetzt haben wir ja große Veränderungen im Klima. Es gibt Leute, die sagen, haben wir nicht – die sitzen auch hier –, aber ich glaube, das ist ziemlich unstrittig. Glauben Sie, dass eine Anpassung der Waldbestände erfolgt, wenn man ausschließlich auf Naturverjüngung setzt? Es gibt ja ein Waldbaukonzept des Landes. Da werden andere Strategien beschrieben. Vielleicht können Sie aus Ihrer Erfahrung mal beschreiben, mit welcher Strategie wir eine Anpassung des Ökosystems Wald nach heutigem Erkenntnisstand hinbekommen. Denn wir haben ja auch eine Verantwortung dafür, dass unsere Nachfolger und unsere Kindeskinder in 150 Jahren auch noch Wald in Nordrhein-Westfalen haben.

Uwe Schölmerich (Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Frage. Ich hatte in meiner Stellungnahme schon ausgeführt, dass man sich von der Vorstellung lösen muss, dass alles so bleibt, wie es ist, und dass sozusagen die Anpassung der Natur ausreicht, weil eben die Natur auch nicht genau weiß, wie die Zukunft aussieht, wie warm es wird, wie trocken es wird.

Richtig ist – das hat Herr Klingebiel auch dargestellt –, dass es eine große genetische Varianz bei den heimischen Baumarten gibt, die sich unter entsprechenden Klimateinflüssen in die richtige Richtung entwickeln wird. Nur wenn sich das im Laufe des Bestandslebens mehrfach ändert oder dramatisch ändert, dann wird diese Anpassung natürlich schwierig. Deswegen ist ja auch das Ziel des Waldbaukonzepts, mehrere Baumarten auf der Fläche zu haben, drei plus X, also auf jeden Fall mehr als drei, und das sollten eben nicht nur die sein, die sich vielleicht gerade zufällig dort natürlich verjüngen, sondern da sollte man auch welche dazu bringen, die bisher noch nicht vorhanden sind, die sich vielleicht auch nicht von selbst auf dieser Stelle verjüngen. Eiche beispielsweise in den etwas tieferen Lagen des Mittelgebirges, die kommt da nicht von selber, die wird zwar vielleicht vom Eichelhäher da eingebracht, aber es reicht nicht. Dann kommt Verbiss usw. Sie kommt nicht durch. Das heißt, man muss eine Kombination aus natürlicher Verjüngung machen plus Pflanzung oder geschützter Saat oder was auch immer. Also, man muss Baumarten mit ins System einführen, damit man hinterher eine größere Vielfalt hat.

Wenn man sich heute zum Beispiel alte Buchen anschaut, dann stellt man fest, die sind stark geschädigt. Die sind natürlich unter anderen klimatischen Bedingungen selektiert aus der Naturverjüngung. Wenn man die Buchen heute in der Natur betrachtet und die in 30 oder 40 Jahren sieht und es ist nicht deutlich verändert wärmer geworden, dann sind die sicher besser angepasst als die alten Väter, weil eben die genetische Vielfalt sich da ausbreitet.

Aber, wie gesagt, das reicht aus meiner Sicht nicht, sondern man muss schon, wie das im Waldbaukonzept vorgesehen ist, auf einer soliden Prognose, wenn man sie denn treffen kann, wie das denn so werden wird mit dem Klima, eine Entscheidung treffen, welche Baumarten man zusätzlich einbringt, und das muss man auch aktiv machen. Deswegen bin ich der Meinung, dass es keinen Sinn hat, es einfach so laufen zu lassen.

Inge Blask (SPD): Ich möchte gerne eine Frage an Herrn Wicke stellen. Derzeit wird in Nordrhein-Westfalen die Förderung von indirekter auf direkter Förderung umgestellt. Dieser Prozess ist im Moment von der Landesregierung ausgesetzt. Die Frage von uns ist: Ist die Umstellung angesichts der aktuellen Probleme ein praktikables Instrument, oder sollten die Waldbesitzer ihre Energie eigentlich auf andere Einsatzgebiete konzentrieren? Und ist Ihnen bekannt, ob vielleicht sogar schon die ersten ausgetreten sind aus Forstbetriebsgemeinschaften?

Peter Wicke (IG BAU – Landesverband Forst NRW): Vielen Dank. Ob Mitglieder aus den Forstbetriebsgemeinschaften ausgetreten sind oder nicht, das weiß Frau Buß-

Schöne wahrscheinlich besser als ich. Ich habe keine Kenntnis darüber. Es gibt einen Rahmen, den wir gesetzlich erfüllen müssen. Der ist uns auf Bundesebene oder auf europäischer Ebene vorgegeben. Da kommen wir jetzt nicht drum herum. Ganz platt.

Aber wir sehen alle, dass die derzeitige Kalamitätssituation, dieses unmittelbare Umsetzen jetzt sofort, ein Riesenfehler ist, weil wir einfach so viele Baustellen im Wald haben, die wir nicht gleichzeitig bedienen können. Von daher sind wir als Gewerkschaft oder als Berufsverband der festen Überzeugung, man sollte es länger strecken. Auch dieses eine Jahr, das wir jetzt haben, wird nicht ausreichen, um aus der Finanzierungsfrage herauszukommen.

Von daher unser klarer Tenor, unser Veto dafür, dass wir sagen, bitte schiebt es so lange, bis wirklich die Situation nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in ganz Deutschland soweit ist, dass es der Waldbesitzer, auch der kleine Waldbesitzer stemmen und finanzieren kann. Sonst sehe ich wirklich nicht nur einen Einzelaustritt aus den Forstbetriebsgemeinschaften, sondern ich sehe einen Kollaps insgesamt des Systems, weil wir keine Kolleginnen und Kollegen mehr vor Ort haben in den FBGen, die es organisieren können. Das ist ein Riesenaufwand. Von daher: Bitte so lange strecken, wie es irgendwie rechtlich möglich ist. Dann soll das Land Nordrhein-Westfalen sich am besten mit dem Bundeskartellamt auseinandersetzen. Ich denke, dass man dann dort ein offenes Ohr dafür bekommt, dass wir das über einen längeren Zeitraum ausdehnen.

Andreas Keith (AfD): Ich habe eine Frage an Herrn Modos und Herrn Gerdemann. In fast allen Stellungnahmen gehen Sie auf die Naturverjüngung und auf die dadurch entstehenden Probleme durch das Schalenwild ein. Immer wieder ist dort von hohen Schalenwildbeständen zu hören, auch davon, dass sich das Wild von den Jungpflanzen angezogen fühlt. Was spricht gegen die Forderung, das Schalenwild zu reduzieren? Warum sehen Sie seit Jahren keinen Erfolg bei der Schalenwildbestandsregulierung?

Gregor Modos (Bündnis für Wald und Wild): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordneten! Danke für die Frage. Dieser Waldumbau zu klimastabilen Mischwäldern ist ja schon eine ganze Weile, teilweise seit einigen Jahrzehnten in manchen Regionen Deutschlands im Begriff. Das wird sich auch lange Zeit oder längere Zeit nicht ändern. Der Mangel bei der Schalenwildreduktion wurde teilweise schon angesprochen. Herr Strunz merkte an, das Personal fehlt, um eine ordentliche, richtige, gute Waldbewirtschaftung zu machen. Es wurden teilweise Landesforstanstalten deutschlandweit, Bundesforst usw., regelrecht kaputtgespart.

Andererseits muss man sagen, die Schalenwildreduktion ist in einigen Bereichen notwendig, aber gleichzeitig muss man sehen, dass sich der Lebensraum des Schalenwildes sehr stark verändert hat, also Zersiedelung, Bevölkerungswachstum, mehr Stress in den Wäldern. Man muss also grundsätzlich sagen, es ist zwar eine Schalenwildreduktion in vielen Bereichen notwendig, aber man muss eben auch über das Maß und die Mitte sprechen.

Und man muss auch sagen, die Fichten, die wir heute ernten, viele Bäume, die wir heute ernten, sind zu einer Zeit groß geworden, da gab es wesentlich weniger Jäger. Da wurde wesentlich weniger gejagt.

Von daher muss man eben immer das Maß und Mitte vorher festlegen, wie stark man dieses Schalenwild in den jeweiligen Bereichen reduzieren will, weil sonst in der Praxis – ich will nicht sagen, dass es ausartet – wird dann gerne mal über das Ziel hinausgeschossen, weil man dann eben sagt, grundsätzlich sind erst mal die Verbisschäden entscheidend.

Aber man muss dem Wild auch Alternativen anbieten, damit es eben nicht verbeißen muss, damit es eben nicht schälen muss. Dementsprechend muss man da auch immer wieder die Vorgeschichte und auch die Nebenwirkungen auf das Wild im Blick haben.

Deswegen muss man sagen: Schalenwildreduktion ja, aber eben mit Maß und Mitte und dann eben auch – wie gesagt – genau im Auge behalten, dass man die alternativen Angebote für das Schalenwild hat, damit man eben diesbezüglich nicht gezwungen ist, auf Biegen und Brechen immer die Bestände zu reduzieren, wodurch man vielleicht sogar noch mehr Schaden anrichtet, durch Stress usw.

Stephan Haupt (FDP): Meine Frage geht an den Waldbauernverband, an Frau Buß-Schöne. Frau Buß-Schöne, in Ihrer Stellungnahme gehen Sie auf den Schutz des Klimas mit Blick auf die sogenannten nachhaltigen Wirtschaftswälder ein. Können Sie vielleicht kurz den Zusammenhang zwischen Klimaschutz, nachhaltigen Wirtschaftswäldern beschreiben? Und wie unterscheiden sich nachhaltige Wirtschaftswälder von beispielsweise Wildnisgebieten?

Heidrun Buß-Schöne (Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank. Nachhaltige Bewirtschaftung bedeutet den Einklang aller Waldfunktionen auf ein und derselben Fläche. Das heißt, die wirtschaftliche Nutzung des Waldes gehört unbedingt dazu. Die Klimaschutzleistung dieser wirtschaftlichen Tätigkeit liegt zum einen in der Substitution des Holzes mit anderen Werkstoffen, zum anderen in der direkten CO₂- oder C-Festlegung über einen langen Zeitraum. Das bedeutet – es ist eben schon angesprochen worden –, dass die Fichtenschäden, die wir im Moment zu verzeichnen haben, dazu führen, dass wir im Moment 300.000 t CO₂ weniger binden durch den Ausfall, und es wird Jahre dauern, bis die jetzt freien Flächen diese Leistung wieder erfüllen können. Und diese Klimaschutzleistungen können sie auch nur erfüllen, wenn Baumarten mit angebaut werden, die eine wirtschaftliche Funktion erfüllen können, also Nadelhölzer, die zum Bauen oder für Werkstoffe verwendet werden. Wenn das Holz nicht genutzt wird und im Wald verbleibt, dann haben wir einen kompletten Kreislauf. Die Wildnisgebiete sind Kreislaufsysteme. Das ist nicht schlecht, aber klimatechnisch nicht zielführend.

Norwich Rübe (GRÜNE): Ich würde gerne Herrn Wolff eine Frage stellen, weil die Frage des Waldfonds bewegt mich ein bisschen, und es waren ja mehrere Sätze in unserem Antrag zu diesem Thema. Zum einen sollte es auf Freiwilligkeit beruhen. Es wird ja keiner gezwungen, seine Flächen zu verkaufen. Zum anderen steht aber im

letzten Satz, dass es auch die Möglichkeit geben soll – und das wäre sozusagen die Frage, wer denn so etwas am Ende kontrolliert –, das in eine genossenschaftliche Form zu überführen. Da Sie mit Waldgenossenschaften zu tun haben, wüsste ich gerne: Wo sehen Sie die Vorteile einer Waldgenossenschaft, um so einen Umbau machen zu können? Es wurde ja eben beschrieben, dass sich der einzelne Waldbesitzer an der Stelle etwas schwer tut.

Markus Wolff (Technische Betriebe Remscheid): Herr Rüße, vielen Dank für die Frage. Es zielt sicherlich ein Stück weit darauf ab, dass wir in Remscheid 2013 die bundesweit erste Waldgenossenschaft in der Rechtsform einer eG gegründet haben. Mittlerweile sind dort knapp 300 Genossen und Genossinnen Mitglied wie bei einer Raiffeisenbank. Auch das Land Nordrhein-Westfalen ist übrigens ein Genosse durch die Einbringung von wenigen Hektar Staatswaldflächen. Das ist letztendlich ein Erfolgsmodell. Warum? – Sie haben auf die Freiwilligkeit abgezielt. Wir können nur Waldflächen in die Genossenschaft nehmen, die wir entweder käuflich erwerben oder wo der bisherigen Eigentümer bereit ist, den Kaufpreis in Form von Anteilen quasi aktienähnlich in die Genossenschaft einzubringen.

Und was ein Riesenvorteil ist – das war auch Gegenstand meiner Stellungnahme –: Man kann Bürgerkapital letztendlich neben dem Waldfonds, neben öffentlichen Mitteln parallel einsetzen, damit dieser anzukaufende Genossenschaftswald tatsächlich ein echter Bürgerwald wird, wo Bürgerinnen und Bürger aus der Region sich an diesem Wald vor der Haustür tatsächlich beteiligen können und sich damit noch mehr identifizieren. In Form der Ausrichtung der Satzung kann man dann letztendlich die Bewirtschaftungsziele auf die Region hinaus genau abstellen und im Sinne von Partizipation und Einbeziehung des Bürgerwillens eine regionengerechte Lösung vor Ort finden und damit auch einen ganz wesentlichen Beitrag zu einer naturnahen Waldbewirtschaftung vor der Haustür liefern.

Jochen Ritter (CDU): Ich hatte eigentlich eben auf die Wildnisgebiete gehen wollen, aber dies hat der Kollege Haupt schon vorweggenommen. Dann nehme ich einen anderen Begriff, der in einem Antrag vorkommt, nämlich die „naturnahe Dauerbewirtschaftung“. Da sehe ich zumindest in zwei Stellungnahmen Kritik an diesem Begriff. Ich würde gerne Frau Buß-Schöne fragen, wie sie dazu steht.

Heidrun Buß-Schöne (Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen): Auch der Begriff „Wildnisgebiete“ ist eine Neuschaffung. Wenn wir jetzt wieder eine Wortneuschaffung kriegen, dann ist das keine neue Qualität in den Gebieten oder im Naturschutz, sondern es ist einfach ein neuer Begriff, der definiert werden muss.

Wir haben im Landesforstgesetz den Begriff „naturgemäße Waldwirtschaft“ oder „ordnungsgemäße Forstwirtschaft“. Der ist ausreichend, der ist rechtssicher. Ein neuer Begriff ist rechtlich nicht definiert. Wir brauchen keine neuen Begriffe. Wir brauchen klaren Konzepte.

Wenn es um Naturschutz geht, der erhöht werden soll, also Naturschutzfunktionen, die ausgeweitet werden sollen, dann bedarf es klarer Maßnahmen und Angebote für die Waldbesitzer und nicht neuer Wortschöpfungen.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ich habe eine Frage an Familienbetriebe Land und Forst, an Herrn Bockum-Dolffs. Sie führen in Ihrer Stellungnahme aus, wir brauchen eine schnelle, wir brauchen eine unbürokratische Hilfe. Sie sagen, Festmeterförderung viel zu gering, Anhebung des Höchstbetrages, und führen andere Bundesländer auf, die das anders machen. Ich würde gerne von Ihnen wissen: Was muss sich hier in Nordrhein-Westfalen ändern, damit in dieser schwierigen Situation das Geld auch wirklich bei Ihnen ankommt?

Florens von Bockum-Dolffs (Familienbetriebe Land und Forst NRW): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für Ihre Frage. Grundsätzlich begrüßen wir es erst mal, dass der Förderhöchstbetrag angehoben worden ist, in dem jetzt vorliegenden Entwurf von den 15.000 auf die 30.000, aber auch dieser Betrag reicht bei Weitem nicht aus.

Ich will Ihnen mal ein Beispiel nennen, das hoffentlich ganz anschaulich ist. Wenn wir – das haben wir vorhin auch gehört – für den Hektar Wiederaufforstung einen Betrag zwischen 8.000 und 10.000 Euro veranschlagen, dann können Sie selber ausrechnen, wieviel mit der Förderhöchstgrenze jährlich an Fläche aufgeforstet werden kann. Das mag hilfreich sein für den Klein- oder Kleinstwaldbesitz, aber sicherlich nicht für den mittleren oder auch größeren Waldbesitz. Es ist einfach nicht sachdienlich in der Sache. Denn selbst wenn dieser Betrag ausgeschöpft werden würde, um die Wiederaufforstung sicherzustellen, dann ist damit noch kein Schadholzfestmeter aus dem Wald herausgeräumt. Die Heraufsetzung von 5 auf 9 oder wieviel Euro auch immer pro Schadholzfestmeter ist sicherlich der richtige Weg. Es gibt Bundesländer, da werden bis zu 15 Euro pro Schadholzfestmeter gefördert. Das ist sicherlich ein richtiger und guter Weg, aber das problematische an der Sache ist im Grunde die Kappungsgrenze, die Deckelungsgrenze mit den 30.000 Euro.

Stephan Haupt (FDP): Meine nächste Frage geht an die Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft, an Herrn Schölmerich. Herr Schölmerich, Sie gehen in Ihrer Stellungnahme darauf ein, dass ein sich selbst überlassen für die Stabilisierung der Wälder eher unvorteilhaft wäre. Können Sie das kurz erläutern, was Sie damit meinen?

Uwe Schölmerich (Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft): Mal ganz konkret: Wenn ich mich ins Mittelgebirge begeben, wo die Fichte abstirbt als Reinbestand in der Regel, wenn ich da gar nichts tue, dann bleiben die Fichten erst einmal stehen, haben keine Nadeln und nachher keine Äste mehr, dann brechen die nach zwei, drei Jahren oder nach vier oder fünf Jahren um. Die ganze Fläche wird unzugänglich, das heißt, ich kann da auch aus Arbeitssicherheitsgründen über längere Zeit überhaupt nichts mehr tun. Die wird einfach faktisch aus der Nutzung genommen. Und natürlich kommt dann Naturverjüngung. Jede Fläche in Deutschland wird wieder Wald,

wenn man sie in Ruhe lässt. Dann kommt die Birke. Es kommt die Fichte, aber in der Regel auch nicht mehr in der gegebenen Ausgangslage, vor allem dann nicht, wenn ich eben die weithin verbreiteten Wildbestände habe, die alles, was dazu kommt, Eberesche zum Beispiel, einfach rauspicken, denn die Rehe sind nun mal Konzentratselektierer, die suchen die Spezialitäten. Das heißt, ich habe in der Nachfolgegeneration wieder einen Wald, der im Wesentlichen aus Fichte besteht mit etwas Birke. Die Birke steigt dann im Laufe von 50 Jahren langsam aus dem System aus, und übrig bleibt die Fichte, wenn sie es denn solange macht.

Das ist natürlich im Sinne von CO₂-Speicherung in einem stabilen System keine vernünftige Alternative, und wirtschaftlich ist es auch keine vernünftige Alternative. Deswegen sagen wir eben, wir müssen jetzt die Chance nutzen, auf diesen Flächen einen zukunftsgerichteten Mischwald zu begründen, der dauerhaft stabil ist. Ob das gelingt, ist ja auch noch die Frage, aber wir müssen es versuchen.

Andreas Keith (AfD): Ich habe noch eine weitere Frage an die Vertreter der Firma Strunz Waldpflege. Die Frage kann man auch wieder hervorragend teilen. Herr Strunz, Sie haben ja selbst große Erfahrung mit der Wiederaufforstung der Kalamitätsschäden aus Kyrill. Herr Conzen, Sie sind ja direkt betroffen als jemand aus der Region. Wurden Ihrer Meinung nach Fehler bei der Wiederaufforstung gemacht, und – wenn ja – welche Erfahrungen bzw. welche Erkenntnisse kann man daraus bei den jetzigen Wiederaufforstungsbestrebungen der Landesregierung bzw. deren Programme ziehen?

Rainer Strunz (Strunz Waldpflege GmbH): Vielen Dank für die Frage. Ich möchte mich meinem Vorredner 100%ig anschließen. Ich kann das dreifach unterstreichen. Was passiert normalerweise nach einem Windwurf, wenn ich nichts tue? – Wir haben die besten Beispiele aus Kyrill im Sauerland. Das Laubholz, das in der Inventur oft als Erfolg dargestellt wird, ist eben die Birke und die Weide aus der Naturverjüngung. Die wächst dicht miteinander auf. Das ist eine Pionierbaumart. Aufgrund des Arbeitskräftemangels wird die nicht auseinandergeschnitten. Die wächst in die Höhe und bricht in aller Regel nach 20 Jahren zusammen. Das heißt, für die ganze CO₂-Speicherung ist das ein absolutes Desaster.

Deswegen ist – das macht ja auch in der Praxis jeder – eine Rücksichtnahme auf die Naturverjüngung in Kombination mit einer Pflanzung sinnvoll. Es ist ja nicht so, dass wir dann die Naturverjüngung vernichten, um dann Platz für die Pflanzung zu haben. Das wäre ja wirtschaftlicher Irrsinn. Es wird immer Rücksicht auf die Naturverjüngung genommen, um dann eben einzelne Bestandsglieder mit reinzubekommen, also neue Baumarten zum Beispiel, um dann eben wesentlich mehr biologische Baumarten dabei zu haben.

Sinnvolle Kombination von Naturverjüngung und Pflanzung ist das Gebot der Stunde. Und da kann man natürlich auch wesentlich mehr CO₂ speichern. Also, die Wälder, die wir jetzt anlegen, haben nachher einen Vorrat von 1.000 m³, wenn ich eine Douglasie mitrechne, ein normaler Wirtschaftswald von 500 m³, wie er jetzt abstirbt. Die Fichte stirbt mit 500 m³ ab. Und wenn die Birke – das kann man sich ausrechnen – nach 20 Jahren zusammenbricht, dann strebt es gegen Null, also sagen wir mal 100,

200 m³. Oder sie ist gepflegt, dann kann man es auch in einen Wirtschaftswald überführen. Aber da spricht ja wieder der enorme Arbeitskräftemangel gegen.

Rolf Conzen (Strunz Waldpflege GmbH): Ich habe Mitte März 6.000 Bäume gepflanzt, und dann war drei Wochen Trockenheit. Die Pflanzen ließen die Köpfe hängen. Was machen wir jetzt? Die Pflanzen sind teuer geworden. Wir haben zum ersten Mal bewässert. Ich mache seit 1984 Forstwirtschaft. Ich bin zum ersten Mal mit einem Schlauch durch den Wald gelaufen und habe jede Pflanze bewässert. Die leben jetzt noch. Andere Flächen, die nicht bewässert sind, sind jetzt tot. Das heißt, man kann jetzt nicht mehr so arbeiten wie vor 30 Jahren, wo man 90 % aller Pflanzen durchgebracht hat. Das fällt aus. Wir haben seit drei Jahren eine Trockenheit im Frühjahr. Es geht direkt von Winter, von Minusgraden, auf plus 20, 25°, und es kommt kein Regen. Jetzt kommt wieder seit drei Wochen kein Tropfen Regen. Mein Hund wirbelt Staub auf im Wald. Das hat es noch nie gegeben. Da muss man umdenken. Wir können jetzt nicht nur Pflanzen pflanzen, die müssen auch hochkommen. Gerade das erste Jahr ist das entscheidende Jahr. Also, wir brauchen neue Systeme. Naturverjüngung – das ist klar – ist ein bisschen robuster, aber es kommen natürlich nur die Pflanzen, die auch vorher da gestanden haben. Das ist das Problem.

Norwich Rüße (GRÜNE): Meine Frage geht an Herrn Wolff. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass der erfolgreiche Einsatz weiterer und zusätzlicher Personal- und Finanzressourcen für einen ökologischen und klimagerechten Waldanbau ohne diese grundsätzliche Neuausrichtung – damit meinen Sie die Neuausrichtung der Jagd – zum Scheitern verurteilt ist. Dann befassen Sie sich in Ihrer zehnteiligen Stellungnahme sechs, sieben Seiten lang mit der Jagd, mit der Jagd im Spannungsfeld zum Wald. Da würde ich gerne von Ihnen jetzt mal hören: Warum? Zu sagen, es ist zum Scheitern verurteilt, ist ein hartes Urteil. Können Sie das mal ein bisschen näher ausführen?

Markus Wolff (Technische Betriebe Remscheid): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rüße, über das Thema „Wald-Wild-Problematik“ reden wir in Deutschland seit mindestens 50 Jahren. Immer wird ein möglicher Ausgleich zitiert. Wir müssen darüber reden, alle Beteiligten an einen Tisch bringen usw. Das Ergebnis ist heute, dass wir noch nie so hohe Schalenwildbestände in Deutschland hatten wie heute. Und das ist eben dramatisch in der Situation des Waldes, wo wir jetzt quasi an einer Zeitenwende stehen, die nächste Waldgeneration neu zu begründen.

Ich bin immer wieder überrascht. Es gibt – das wurde eben schon angedeutet – Parteien, auch in diesem Hause, die ein Problem mit dem Klimawandel haben. Genauso gibt es allerdings auch Parteien, die negieren, dass wir ein Wildproblem haben, seit vielen Jahren und Jahrzehnten. Das ist in meiner Stellungnahme beispielsweise mit Verweis auf die Expertise des Wissenschaftlichen Beirates bei der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, bei unserer Bundeswaldministerin, aus Februar dokumentiert worden. Die dortigen Experten, zwölf Professoren namhafter Universitäten in Deutschland, klagen dieses Wald-Wild-Problem an, was einer Lösung bedarf. Und

letztendlich wird noch mal darauf hingewiesen, ohne diese Situation wird sich draußen vor Ort nichts ändern.

Und wenn wir in Zeiten von Corona und allen anderen Problemen auf Wissenschaft verweisen: Die Wissenschaft liefert uns seit Jahren und Jahrzehnten Belege, dass es ein Problem gibt, und die Wissenschaft liefert auch die Lösung. Warum machen wir das nicht? – Das verstehe ich einfach nicht. Sie als Politiker haben aus meiner Sicht die Aufgabe, die Verantwortung, genau dies zu tun. Und das sehe ich nicht. In § 1 Bundesjagdgesetz steht ein Vermeidungsgebot von Wildschäden. Wo wird das denn praktiziert in Deutschland? Ich habe in meiner Stellungnahme auf die Stellungnahme des Bundesverband der Deutschen Versicherungswirtschaft zu steigenden Kaskoschäden durch Wildunfälle in Deutschland hingewiesen. Das sind auch die Verkehrstoten im Zusammenhang mit Schalenwild. Knapp 300 Leute lassen auf den Straßen jedes Jahr ihr Leben in Deutschland durch Kollision mit Reh, Hirsch und Wildschwein. Und das wird immer mehr. Woran liegt das denn? – Natürlich haben wir auch mehr Verkehr, aber wir haben einfach zu viel Wild im Wald.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ich habe jetzt eine Frage an Herrn Schölmerich. Sie haben wie auch andere eine allgemeine Stellungnahme abgegeben. Ich würde gerne wissen neben dem, was wir jetzt in den Anträgen haben, welche Strategie Sie denn sehen. Was ist jetzt besonders wichtig? Was fehlt in dem Antrag? Was würden Sie da empfehlen?

Uwe Schölmerich (Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft): Das ist eine etwas schwierige Frage, ein bisschen umfassend. Ganz wichtig ist, dass man einfach mal feststellen muss: Wir haben jetzt eine große Waldfläche verloren, wir haben einen großen Verlust, aber wir haben jetzt eine große Chance, tatsächlich die Weichen für die Zukunft auf diesen Flächen richtig zu stellen. Dazu gehört natürlich erst einmal das Wissen, wie man das macht, was man machen soll. Ich glaube, da kriegt man unter wissenschaftsbasierten Fachleuten eine gemeinsame Meinung. Da spielt Mischung eine große Rolle, dass man eben wirklich eine Ausgangssituation schafft, wo ein gemischter Wald entsteht, wo produktive Bäume bevorzugt werden, wo man auch – ich sage mal – hergekommene Vorbehalte über Bord schmeißt.

Zu sagen, wir wollen grundsätzlich keine Fremdländer, das ist einfach eine Einstellung, die durch nichts begründet ist. Man kann im gewissen Anteil, 20 % sage ich mal, durchaus fremdländische Baumarten integrieren, die zuwachskräftig sind, die eine große Holzmasse produzieren, die in einem heimischen Grundwald sozusagen stabil sind. Das kann man machen. Das sollte man fördern.

Man sollte auch mehr experimentieren. Die Förderrichtlinien sind im Moment ein bisschen geöffnet in diese Richtung, aber aus meiner Sicht sind die auch noch ein bisschen zu streng, wenn ich beispielsweise die Herkunftsfrage betrachte. Man ist bei der Förderung fest an bestimmte Herkünfte gebunden. Dabei ist der Gedanke im Vordergrund, dass man autochthone, das heißt an die Örtlichkeit gebundene Herkünfte verwendet. Das ist früher ein guter Grundsatz gewesen, nur bei sich verändernden Umweltbedingungen verliert dieser Grundsatz an Bedeutung. Da müsste man eigentlich

sagen, künftig müsste man immer mehrere Herkünfte mischen auf so einer Fläche, damit, je nachdem in welche Richtung das Klima sich ändert, irgendwas dabei ist, was überlebt. Entscheidung in Unsicherheit. Das wäre ein Punkt, der mir wichtig wäre, um eine Mischung auf der Fläche zu kriegen.

Die Wildfrage – Herr Wolff hat das eben ausgeführt – ist entscheidend. Es gibt eine große Vielfalt, die auch die Natur bringt. Die kriege ich nur, wenn ich die Wildfrage löse.

Und dann kommen wir zum nächsten Punkt: Wie mache ich das? In Nordrhein-Westfalen haben wir 67 % privaten Wald, ein Großteil davon Kleinprivatwald. Der muss intensiv beraten und betreut werden. Sonst schaffen wir dort diese Waldwende nicht. Und wie man das macht, das ist eine große Frage. Da sind alle Möglichkeiten eigentlich zu überlegen, angefangen vom Waldfonds, genossenschaftliche Modelle. Man könnte auch sagen, das Aufforsten von Fichtenkalamitätsflächen im Kleinprivatwald wird Offizialaufgabe. Das macht „Wald und Holz“ im Auftrag der Regierung auf allen Flächen in die richtige Richtung, mit Duldung des Waldbesitzers. Das würde also das Eigentum nicht angreifen. Da gibt es wirklich die Notwendigkeit, etwas freier zu denken von dem, was man bisher an Vorschriften und Regularien so im Raum hat.

Ich glaube, das ist eigentlich das Wichtigste, dass man sich da etwas freier macht in der Vorstellung und nicht von vornherein sagt, nein, das passt aber nicht in die Vorschriften.

Markus Diekhoff (FDP): Einige meiner Fragen haben sich sozusagen als Beifang Ihrer Antworten schon beantwortet. Ich habe aber noch eine Frage, wende mich da noch mal an Frau Buß-Schöne. Die AfD hat in ihrem Antrag gefordert, Feuerwehrleute zur Räumung der Wälder einzusetzen. Wie stehen Sie dazu?

Heidrun Buß-Schöne (Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen): Waldarbeit ist eine Hochrisikoarbeit. Die braucht geschulte Menschen. Feuerwehrleute sind sicherlich hochqualifiziert und auch geschult, aber nicht in der Waldarbeit. Wir haben eine traurige Faustzahl. Da heißt es: auf eine Million Schadholz ein Toter. Also, Aufarbeitung von Schadflächen ist Profiarbeit. Da können wir nicht einfach mal jemanden Berufsfremden in den Wald zerren und sagen: Mach' mal mit der Motorsäge ein bisschen was. – Nein, geschulte Leute, Fachkräfte, keine Feuerwehrleute als Quereinstieg.

Rainer Deppe (CDU): Ich habe noch mal eine Frage zum Thema „Wald und Wild“, und zwar diesmal an Herrn Halbe. Weil der Staatswald jetzt nicht vertreten ist, stehen Sie jetzt mal zumindest für einen Teil des öffentlichen Waldes. Letztlich entscheidet ja der Eigentümer von Grund und Boden, wie gejagt wird. Das ist das Prinzip unseres Jagdrechtes, dass die Jagdausübung entweder selber vorgenommen wird, wenn die Fläche groß genug ist, oder sonst irgendwie über die Jagdgenossenschaft an Jäger verpachtet wird und ihm entsprechend aufgegeben wird, wie er zu jagen hat. Jetzt ist der Staatswald heute hier nicht vertreten, aber der Kommunalwald verfügt ja auch über relativ große Flächen. Ich möchte Sie gerne fragen: Welche rechtlichen Mittel fehlen Ihnen oder fehlen sie überhaupt, um die Ziele, die hier eben Vorredner angesprochen

haben, umzusetzen? Wenn der Wildbestand zu hoch ist im Schmallenberger Wald, hätten Sie ja wahrscheinlich die Möglichkeit, darauf einzuwirken. Vielleicht passiert das ja auch. Aber vielleicht können Sie da mal die Situation Wald-Wild-Konflikt aus Ihrer Warte schildern.

Bernhard Halbe (Bürgermeister Stadt Schmallenberg): Das will ich gerne tun. Das ist nämlich ein Thema, das einen immer wieder begegnet. Herr Wolff ist der Spezialist im Gemeindewald. Deswegen kann ich ihm da eigentlich wenig beifügen.

Der Eigentümer entscheidet, der Kleinwaldbesitzer entscheidet in der Regel nicht, weil das dann irgendeine Gruppierung entscheidet. Das entscheidet eine Genossenschaft. Da entscheiden immer einige für andere mit. Der ist im Grunde ausgeliefert.

Der Staatswald hat eigentlich in Nordrhein-Westfalen eine sehr gute Vertragswelt aufgebaut, die geeignet ist, dass die Jäger angehalten werden, zu jagen. Die Kommunen liegen wie so oft dazwischen. Wir haben sehr unterschiedliche Bilder. Es gibt einige Kommunen, die inzwischen selbst jagen. Das tun wir in Schmallenberg in einem Revier auch, weil es einfach nicht funktioniert. Es menscht, und auch auf der Jagd menscht es bei sehr vielen Leuten. Da kommt die Passion dazu. Das ist was ganz Besonders, was ganz Außergewöhnliches bei Jägern. Die sind da auch anders als viele andere Menschen, wenn die sie ergreift.

Zu den rechtlichen Mitteln: Das einzige, was in meinen Augen funktioniert, sind kurze Vertragslaufzeiten. Wir hatten ja so Dauerlaufzeiten, neun Jahre, zwölf Jahre, in Rotwildgebieten. Wenn Sie da jemanden drin haben und müssen mit dem streiten, streitet man im Zweifel vor Gericht, und wieder sind drei Jahre um. Eigentlich muss man sehen, dass man in sehr kurze Vertragslaufzeiten mit Kündigungsfristen kommen kann. Das ist, glaube ich, das Wichtigste, was man erreichen kann.

Zum anderen haben wir es im Bereich Rehwild auf Initiative geschafft, dass die Rehwildabschusspläne entfallen. Die Idee war, dass mehr geschossen werden kann. Was herausgekommen ist: Wir wissen nicht mehr, was geschossen wird, wenn der Eigentümer nichts sagt. – Also, auch da hat man eigentlich etwas Gutes gemacht, aber ein Ergebnis erreicht, mit dem man jetzt auch wieder arbeiten muss.

Im Grunde benötigt man Verträge mit kurzen Laufzeiten, um dann, wenn es nicht funktioniert, entweder selber jagen oder wechseln können. Das scheint mir die einzige durchschlagkräftige Lösung zu sein.

Andreas Keith (AfD): Jetzt hat mir Herr Diekhoff beinahe die Frage weggeschnappt, natürlich mit einer anderen Intension. Ich möchte aber gerne noch einmal an Frau Buß-Schöne die Frage bezüglich der Feuerwehreute im Wald stellen. Können Sie sich vorstellen, oder wäre es für die Mitglieder Ihres Verbandes vielleicht eine Erleichterung, wenn die Feuerwehr zum Beispiel bei Sicherungsmaßnahmen eingreifen könnte? Die meisten Feuerwehreute haben umfangreiche Kenntnisse beim Führen von schweren Lastkraftfahrzeugen. Das heißt, sie haben den Lkw-Schein. Es geht mir hier nicht um das Verladen; auch das ist eine hochgefährliche und präzise Arbeit. Ich komme selbst aus der Branche. Deswegen weiß ich, wovon ich spreche. Nichtsdestotrotz kann ich

mir vorstellen, dass man, wenn der Tieflader beladen ist, den anhängt, wenn es Kapazitäten bei der Feuerwehr gäbe, diese dann einsetzt, um zügig den Abtransport zu gewährleisten.

Heidrun Buß-Schöne (Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen): Ich kann schlichtweg nicht beurteilen, ob die Feuerwehrkräfte in Nordrhein-Westfalen Kapazitäten frei haben, um solche Sicherungsmaßnahmen durchführen zu können.

Grundsätzlich ist es natürlich so, dass das Schadholz schnell aus dem Wald muss. Es muss schnell abtransportiert werden, und da sind alle Kräfte zu mobilisieren, die wir mobilisieren können. Dazu, ob das nun Feuerwehrkräfte sind, mag ich mir kein Urteil erlauben. Ganz klar, es müssen Fachkräfte sein. Wir sind in der Waldarbeit mit Forstseilwindenunterstützung dabei, die Verkehrssicherung bei der Waldarbeit zu gewährleisten. Das ist alles Equipment. Das ist kein Feuerwehrequipment, das ist Waldequipment. Insofern kann ich nur noch mal bestätigen, was ich eben gesagt habe: Hier muss Facharbeit hin und kein Quereinstieg. Die Verkehrssicherungspflicht ist noch mal ein ganz anderes Thema. Die Verkehrssicherungspflicht ist kein Thema der Verladungssituation auf Lkws.

Norwich Rübe (GRÜNE): Ich möchte Herrn Schölmerich von der ANW gerne etwas fragen. Wir möchten gerne als Staat, wenn wir Geld investieren, Geld geben, dass es tatsächlich so eingesetzt wird, dass es volkswirtschaftlich Sinn macht. Jetzt ist es ja so, wenn ich das richtig verstehe, dass, wenn ich eine Anpflanzung mache, ich dafür Fördergelder beantragen kann. Wenn ich jetzt aber auf Naturverjüngung setze, dann werde ich dafür nicht gefördert; davon gehe ich mal aus. Meine Frage wäre jetzt, ob eine Förderung von Naturverjüngung nicht genauso denkbar wäre, weil man vielleicht im Verhältnis zur Pflanzung einen längeren Weg hat, bis man tatsächlich am Ende den stabilen Wald hat, weil am Ende eben der Weg verschiedene Stufen abläuft. Da würde mich interessieren, ob Sie sich so etwas vorstellen könnten. Wenn ich nur für Pflanzungen Förderungen bekomme, könnten sich ja Mitnahmeeffekte einstellen, dass Waldbauern sagen: Okay, dann ist das der gängige Weg. Der Staat will das anscheinend so. – Können Sie dazu etwas ausführen?

Uwe Scholmerich (Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft): Der große Vorteil von Naturverjüngung ist, dass sie erst mal nichts kostet, sondern sie wird von der Natur geschenkt. Deswegen braucht man sie in dem Fall nicht zu fördern. Es gibt aber der Fördertatbestand „Maßnahmen zur Förderung der Naturverjüngung“, also technische Maßnahmen. Man kann Bodenverwundungen machen, man kann hinterher Pflege fördern lassen, also sozusagen eine Mischungsregulierung, wo man dann eben Baumarten, die man in der Fläche haben will, freistellen kann von bedrängenden Birken oder Ähnlichem. Also, da gibt es im Fördersystem eine Berücksichtigung.

Was wir uns eigentlich immer wieder wünschen würden, wäre eine Förderung, die sich mehr am Ergebnis misst, dass man sagt, ich will als Waldbesitzer einen gemischten Wald aufbauen und tue alles, was dazu notwendig ist. Ich nehme die Naturverjüngung mit, ich bringe zusätzliche Baumarten ein, und dann gucke ich nach fünf Jahren, was

ich da geschafft habe. Ich reguliere vielleicht auch die Wildbestände entsprechend ein. Wenn das geschehen ist, dann kann ich die für diese Willenserklärung, das zu tun, gezahlte Förderung von X Euro je Hektar und Jahr behalten. Wenn das nicht gelingt, muss ich sie zurückzahlen oder kriege sie jedenfalls nicht weiter.

So ein System, das erfolgsabhängig ist, ließe sich im Übrigen auch für Naturschutzförderung wunderbar machen, wenn man sagt, es kommt nicht darauf an, wo der Schwarzstorch brütet, sondern dass er irgendwo brütet in einem Forstbetrieb. Also, dass man so in diese Richtung die Förderung umstellt, dass man vom Ergebnis her kommt, ist ein bisschen gewöhnungsbedürftig, weil man eben heutzutage sehr kleinklein jede Pflanze abrechnet, für jede Pflanze 83 Cent usw. und für die Pflanzung. Das System ist einfacher zu handhaben, passt besser in die Förderwelt, aber vom Ziel her ist es eigentlich aufwändig und nicht so schön wie eine flächenbezogene Förderung des Mischwaldes.

Andreas Keith (AfD): Meine Frage bezieht sich auf das Thema „Dürre und Sommer“. Eben ist gesagt worden – ich glaube, von Herrn Wolff –, dass man hier im Haus Parteien hätte, die den Klimawandel leugnen. Mir ist keine einzige Partei bekannt, die das leugnet. Wir haben einen Dissens darüber, woher das kommt. Aber kein Mensch leugnet den Klimawandel und die verheerenden Auswirkungen, die er mit sich bringt.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Herr Blex!)

– Das mag sein. Das ist die Einzelmeinung von Herrn Blex. Ich möchte alle Parteien hier in Schutz nehmen. Wir können doch nicht einfach stehen lassen, dass es hier Parteien gibt, die den Klimawandel leugnen. Entschuldigen Sie bitte.

(Stephan Haupt [FDP]: Halten Sie die Ohren zu, wenn Herr Blex spricht?)

– Ja.

(Heiterkeit)

Okay, Spaß beiseite. Meine Frage geht jetzt in eine ganz andere Richtung. Herr Conzen, Sie haben das eben selbst angesprochen, dass Sie im letzten Sommer oder auch dieses Jahr mit dem Traktor – ich vermute, mit dem entsprechenden Anhänger – mit Wasser durch den Wald gefahren sind und jede Pflanze gießen. Ich kann mich selbst an meine Jugend erinnern, als wir das gemacht haben, Vorflurbereinigungen und der Anschließung der verschiedenen Fläche an die entsprechende Wasserversorgung. Gäbe es denn gegebenenfalls – die Frage geht auch an Herrn Strunz – auch andere Möglichkeiten, Pflanzungen vorzunehmen und gegebenenfalls die Versorgung mit Wasser und Nährstoffen zu gewährleisten?

Rainer Strunz (Strunz Waldpflege GmbH): Danke für die Frage. Das ist mein Spezialgebiet seit drei Jahren. Ich habe an einem Montag einen Anruf von Herrn Conzen bekommen, akute Vertrocknungsgefahr. Daraufhin habe ich eine halbe Stunde später bei der Fresenius Kabi angerufen, die die Infusionsbeutel verkaufen. Sie kennen die alle aus der Intensivmedizin, die bei Corona gerade überall in der Presse sind. Die

haben mir am Donnerstag entsprechende Beutel geliefert. Am Freitag bin ich ins Auto gestiegen, Samstag, Sonntag haben wir den ersten Versuch bei ihm gestartet. Da ging es eben um Ideen, die eigentlich noch nie in der Forstwirtschaft eine Rolle gespielt haben. So dramatisch ist die Lage mittlerweile. Ich komme gerade aus dem Harz: 100 % der Kulturen kaputt. Sachsen: 100 % der Kulturen kaputt. Wir reden über Schäden von einer Milliarde Euro in den letzten drei Jahren. Wir haben den Bewässerungsversuch gemacht.

Anschließend habe ich eine Frage vom Herrn Conzen bekommen: Wie sieht das denn jetzt im Boden eigentlich aus? Wann müssen wir den wieder bewässern? Da habe ich mir einfach mal überlegt: Ich weiß gar nichts über den Boden. Keiner von uns weiß, wie was im Boden funktioniert. Wir haben alle diese Trockenanalysen vom Wetterdienst seit ein paar Jahren. Vorher hat man sich den Boden nicht angeschaut. Auf die Frage, wann sollten wir wieder bewässern, habe ich mir überlegt: Wer kann mir denn da helfen mit Bodensensorik usw.? Ich habe dann direkt nach dem Wochenende beim Wetterdienst angerufen, und die haben mir das Thünen-Institut genannt. Wir machen jetzt einen Versuch mit dem Thünen-Institut – der wird wohl zwei Jahre dauern –, genau zu analysieren, wie sich das Wasser verhält. Es sind weltweit die Leute in Eberswalde, die die größten Erfahrungen mit Trockenstresstests haben. Als Beispiel jetzt nur mal. Wir haben also eine Veränderung und reagieren darauf.

Nur als Information: Ich habe meine Stellungnahme extrem kritisch geschrieben mit „Arroganz“, „Ignoranz“, „Inkompetenz“. Ich bin für dieses Experiment von Passau nach Altena gefahren, 650 km, habe den zuständigen Forstamtsleiter, nachdem ich die letzten zehn Jahre schon viele Probleme im Landesbetrieb hatte, informiert, dass wir draußen sind, dass wir Bewässerung machen in einer Zeit, wo eine Milliarde Euro Schaden ist, wo die Pflanzen vertrocknen. Ich habe keinen Forstamtsleiter gesehen. Das ist ein junger Mann, der ist noch nicht lange im Märkischen Kreis, ein oder zwei Jahre. Ich habe den in „cc“ gesetzt, keine Antwort bekommen. Wir haben Trockenheit draußen.

Jochen Ritter (CDU): Ich habe eine Frage an die Familienbetriebe. Im Antrag der Grünen ist, glaube ich, unter Punkt 4 die Forderung nach neuen Konzepten laut geworden. Sehen Sie das ähnlich? Wir haben ja ein relativ aktuelles Waldbaukonzept vorliegen. Oder wird es nicht vielmehr ausreichen, wenn man vielleicht punktuell an der Liste der zu fördernden Baumarten etwas variieren würde oder die ergänzen würde? Wie sehen Sie das?

Florens von Bockum-Dolffs (Familienbetriebe Land und Forst NRW): Vielen Dank für Ihre Frage. Wir sind der Auffassung, dass im Grunde das Waldbaukonzept, das ja in langer und sorgfältiger Arbeit erstellt worden ist, völlig ausreichend ist. Sich jetzt sozusagen noch mal auf den Weg zu machen, um ergänzend festzulegen, neue Bestimmungen zu treffen usw., halten wir schlicht für verfehlt. Warum? – Weil wir ganz einfach Zeit verlieren. Es muss jetzt dringend was passieren vor Ort. Wir haben das dritte Katastrophenjahr infolge. Wir können uns doch jetzt nicht darin erlaben sozusagen, auch weiterhin Analogien zu dem schon bereits vorhandenen Waldbaukonzept auf den Weg zu bringen. Es ist doch alles da. Es muss jetzt einfach was passieren.

Zu den Baumarten ist im Waldbaukonzept ausgeführt worden. Ich komme aus der Region Sauerland/Möhnesee. Dort können wir jetzt erfreulicherweise feststellen, dass auch der Geologische Dienst in den Wäldern vor Ort unterwegs ist, um da entsprechende Feststellungen zu treffen. Damit haben wir aus unserer Sicht jedenfalls alles, was wir brauchen.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ich habe noch eine Frage an Herrn Wolff. Sie führen in Ihrer Stellungnahme aus, der Verwaltungsgerichtshof in Bayern hat einen Grundsatz „Wald vor Wild“ gefällt. Hat das, wenn wir darauf jetzt reagieren müssen, Auswirkungen, dass wir auf der Bundes- und auch auf der Landesebene etwas verändern müssen?

Markus Wolff (Technische Betriebe Remscheid): Vielen Dank für die Frage. Eine kleine Korrektur: Das hat nicht der Bayerische Verwaltungsgerichtshof so festgestellt, sondern das steht im Bayerischen Wald- und im Bayerischen Jagdgesetz explizit drin. Es gilt der Grundsatz „Wald vor Wild“.

In meiner Stellungnahme habe ich auf ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs abgestellt, der eben diese Thematik anhand einer FFH-Schutzgebietsregelung und bei einer Jagdproblematik zu klären hatte und eindeutig festgestellt hat, dieser Grundsatz gilt. Das sollte nur als Beispiel genommen werden. Beispielsweise bei der Ausweisung von Schutzwaldkategorien in Bayern gibt es das, Art. 10 des Bayerischen Jagdgesetzes. Jeder kennt das aus den Urlaubsregionen. In Berchtesgaden und sonst wo in den Alpenlagen gibt es ganze Hänge, ganze Bergrücken, die sind als Schutzwald ausgewiesen. Dort gilt quasi eine ganzjährige Schonzeitaufhebung. Warum? – Weil das Gemeinwohlinteresse, Lawinenschutz, Erosionsschutz verständlicherweise einem Jagdinteresse überwiegt. Das soll nur als Beispiel dienen. Das gibt es schon in Deutschland in der Jagdgesetzgebung, dass grundsätzlich Neujustierung bzw. Belange von Jagd und Wild durchaus konträr verlaufen können.

Und da eben das Beispiel Nordrhein-Westfalen: Wir haben FFH-Schutzgebiete. Da haben wir einen eindeutigen Vorrang des Naturschutzes, auch gegenüber der Jagd. Wir haben Naturschutzgebiete. Überall taucht dieser Schutzbegriff auf, wo eindeutig die Belange des Naturschutzes, des Gemeinwohls, des Artenschutzes anderen Belangen vorstehen.

Dieser Gedanke ist eigentlich auch systemimmanent im bisherigen Bundesjagdgesetz. Nur in der Umsetzung vor Ort hapert es, dass es dort eben eindeutig diese Balanceabwägung nicht gibt. In der heutigen Waldsituation – wir stehen vor dramatischen Veränderungen – müsste doch eigentlich jedem Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft klar sein, dass wir jetzt genau diese Neujustierung benötigen, dass jede Art von natürlicher Verjüngung, von Schutz gepflanzter Bäumchen, die wir dort für eine neue Waldgeneration brauchen, vorrangig vor Belangen von Wild- und Jagdinteressen sind.

Norwich Rübe (GRÜNE): Meine Frage richtet sich an Herrn Klingebiel. Sie haben einen Punkt erwähnt, da geht es Ihnen um die Bedeutung des Waldbodens, gerade im Zuge von Klimawandel. Da führen Sie aus, dass Sie der Meinung sind, dass man da

innovativer werden könnte, dass man neue Techniken ausprobieren müsste und eben auch eventuell fördern müsste. Können Sie das noch mal ein bisschen ausführen, an was für Techniken Sie da denken und welche Fehler aktuell gemacht werden? Ist das tatsächlich so dramatisch? Wird der Waldboden tatsächlich so stark beschädigt?

Harald Klingebiel (Regionalverband Ruhr): Vielen Dank für die Frage. Das passt ganz gut zum Thema „Wasser“, um damit mal aufzuräumen. Ich komme aus dem Ruhrgebiet. Wir haben 50 Jahre Erfahrung mit Aufforstung von Halden. Es gibt Halden im Ruhrgebiet in einer Größe von über 100 ha, die mit Wasserleitungen ausgestattet sind, wo man wirklich langfristig gewässert hat. Es bringt nur gar nichts, weil in dem Moment, wo Sie den Wasserhahn schließen, und irgendwann in der langjährigen Geschichte müssen Sie das tun ... Sie können nicht 300 Jahre bewässern. Das geht einfach nicht. Das können Sie im städtischen Bereich machen. Bei Stadtbäumen können wir darüber sprechen. Sie können auch mal zehn Jahre Ihre Kultur bewässern, aber irgendwann muss der Wasserhahn geschlossen werden, und dann muss diese Eiche, die Sie da haben wollen, mit der Realität zurechtkommen, und dann haben Sie die Schäden. Dann kriegen Sie alles, was Sie sozusagen mit dem Wasserhahn gespart haben, doppelt und dreifach. Das heißt, wir haben in der Haldenbewirtschaftung uns klar von der Bewässerung gelöst. Also, entweder kommt das, was wir pflanzen, durch, oder wir bessern nach, oder wir lassen es. Das ist nicht das, was wir uns an Wald vorstellen.

Zum Thema „Boden“: Unsere Lösung liegt nicht in der technischen Lösung des Ganzen, nicht in der Bewässerung, sondern in der Bewahrung unserer natürlichen Ressourcen, das heißt, der natürlichen Produktionsressourcen. Die Produktionsfaktoren – in dem Fall Boden – müssen wir bewahren. Es kann nicht sein, dass wir flächig durch unseren Wald fahren mit schweren Maschinen und damit die gesamte nachschaffende Kraft, indem wir die Bodenporenvolumen verdichten, schädigen. Wir müssen uns mit unserer Bewirtschaftung auf Bodenschutz fokussieren. An der Stelle kommen wir auch davon weg, dass wir nur über Aufforstung reden, sondern es geht um eine Philosophie, wie wir mit Wald umgehen, wie wir Wald nutzen.

Ich bin deutlich jemand, der Ressourcen, Rohstoffe nutzen möchte. Aber auch bei der CO₂-Speicherung spielt die Speicherung von CO₂ im Boden mindestens so eine große Rolle wie die CO₂-Speicherung in dem Rohstoff Holz, was wir in die Kaskade einfügen. Damit will ich nicht sagen, dass wir das nicht tun sollen. Also, ich verdiene auch gerne mit Wald und starken Bäumen mein Geld. Mein Waldbesitzer möchte wirtschaftliche Ergebnisse haben. Aber das funktioniert nur, wenn wir unsere Produktionsfaktoren, unsere Ressourcen schonen und entwickeln, das heißt, den Boden nicht auflichten, keine Kahlschläge führen, um sozusagen künstlich aufzulichten, sondern unsere Ressourcen, unsere aufstockenden Bestände bewahren, zu höchstem Wert führen, einzelstammweise bewirtschaften, Schatten halten, den Boden nicht zerstören. Bei dem letzten Sturm im Januar 2018 habe ich bei mir am Forsthof im Wald gestanden, im Buchenwald, einem 100-jährigen Buchenwald. Die Buchen kamen mir in den stärksten Böen – die sind 40 m hoch – bis zu einem Drittel ihrer Höhe entgegen.

Das heißt, der Boden ist nicht nur für das Thema „Wasser und Feuchtigkeit“, sondern auch bezüglich der Verankerung bei Sturmereignissen ein wesentlicher Faktor und wesentlicher Punkt. Ich glaube, dass in der Wahrung dieser natürlichen Ressourcen und unserer Produktionsfaktoren eine Lösung liegt, nicht nach technischen Lösungen zu suchen, die von außen über die Feuerwehr gemacht wird. Da gibt es auch ganz nette Geschichten, die aber nicht lösen. Bei mir im Wald sind jedes Jahr die Wasserwerfer der Polizei im Einsatz, um Übungen zu machen, um dann eben Kulturen zu bewässern. Das ist irgendwie ganz nett, wenn die mit ihren Wasserwerfern auf die Kulturen zielen und spritzen, aber das ist doch nicht die Lösung. Die Lösung ist doch, wie ich als Förster mit dem Wald umgehe.

Rainer Deppe (CDU): Ich habe eine Frage an Frau Buß-Schöne. Wir haben im letzten Jahr eine Menge für den Wald bewegt. Es gibt den Waldpakt für Nordrhein-Westfalen. Ich weiß nicht, ob es das in den anderen Bundesländern gibt. Es gibt jetzt das Waldbaukonzept. Sehen Sie Bedarf für weitere Konzepte oder Vereinbarungen oder neue Ansätze über das hinaus, was im letzten Jahr angelegt worden ist?

Heidrun Buß-Schöne (Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank, Herr Deppe. – Sie haben recht, es ist eine Menge geschehen, auf dem Papier. Wir haben die Schmallenberger Erklärung, und der Schmallenberger Erklärung folgte im Dezember der Waldpakt. Das sind gute Konzepte, nur müssen sie auch umgesetzt werden. Ich sehe es jetzt zum Beispiel an der Extremwetterförderung, wo der Bund über eine halbe Milliarde zur Verfügung gestellt hat. Diese Gelder müssen in den Ländern umgesetzt werden. Und das Umsetzen geht nur mit den entsprechenden Förderrichtlinien, mit den entsprechenden Konzepten. Die Konzepte sind da, aber das Geld muss ankommen. Das ist im Moment noch nicht der Fall. Das heißt, wir brauchen nicht das neue, das nächste Konzept, wir müssen die vorhandenen Konzepte umsetzen.

Andreas Keith (AfD): Jetzt habe ich eine Frage an Herrn Klingebiel. In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie, die im AfD-Antrag aufgeführten Borkenkäferfallen werden im akuten Einzelfall in Absprache mit dem Pflanzenschutz noch einmal eine Rolle spielen. Können Sie das näher ausführen? Welche Rolle spielen denn der Wirkstoff und die Verlängerung des Einsatzes des Wirkstoffes bei dem Fangsystem Trinet?

Harald Klingebiel (Regionalverband Ruhr): Beide Systeme, also die alten Borkenkäferfallen wie auch das Trinet-System von BASF, die ich beide im Einsatz habe, bringen uns nicht dauerhaft voran. Ich bin in Absprache mit dem Pflanzenschutzamt. Wir haben natürlich Lösungen, um dort zu dämpfen. Im Moment ist es so, dass wir wirklich Milliarden von Borkenkäfern haben. Auch mit dem Trinet-System sehr eng umstellt bekommen wir die nicht abgefangen, womit ich nicht sagen will, dass es dort auch wissenschaftlich Lösungen gibt, wo wir da helfend beistehen können. Man muss aber klar sehen, die Fichte ist eine Baumart, natürlicherweise aus dem Borrealen Nadelwald. Sie ist eh schon immer in Mitteleuropa, in einer zu warmen Region angepflanzt worden. Das nächste natürliche Fichtenwaldvorkommen ist in den Hochlagen des Har-

zes. Im Sauerland gab es ursprünglich keine Fichten, wahrscheinlich so ein paar ex-territoriale Vorkommen von Fichte. Der Mensch hat in den letzten 200 Jahren aus guten Gründen – ich habe da sehr viel Respekt vor meinen Vorgängern – Fichten aufgeforstet. Sie sind aber in einer zu warmen Region, und nun tun der Borkenkäfer das, was er tun muss. Das ist seine ökologische Einnischung. Er zerstört die absterbenden Bestände, ein Totholzzersetzer. Es gibt auch Borkenkäfer an der Buche. Die sind genauso eingemischt. Das heißt, der Borkenkäfer ist nicht unser Problem, womit ich nicht sagen will, dass ich den nicht auch bekämpfen würde, wenn ich es könnte. Ich habe nicht die Mittel bzw. diese Trinet-Systeme. Um dort einen Hektar Fichtenbestand zu umstellen, muss ich so viel Geld raushauen, das ist dieser ganze Fichtenwald letzten Endes wirtschaftlich in der Gegenleistung nicht wert.

Also muss ich mich doch damit beschäftigen, wie denn ein stabiler Wald aussieht. Es bringt nichts, mich nur mit technischen Lösungen zu befassen. Das heißt, es gibt einmal das Zwei-Grad-Ziel international, wo wir gucken müssen, wie kriegen wir das eingehalten, wie können wir den Klimawandel begrenzen. Da gibt es natürlich auch viele Fragezeichen. Aber erst mal ist es ein Bemühen wert, dieses Zwei-Grad-Ziel zu erreichen.

Und das Zweite ist, ich muss mich damit beschäftigen, wie kriege ich meinen Wald stabiler, wie kriege ich meine natürlichen Ressourcen besser entwickelt und stabil entwickelt. Und da ist auch die Borkenkäferfalle eine technische Lösung, die uns nicht wirklich voranbringt. Womit ich nicht sagen will, dass ich sie schlecht finde und überhaupt nicht anwenden würde. Aber sie hat nicht die Funktion, dass sie uns riesig hilft. Deshalb bringt es auch nichts, wenn wir das unheimlich fördern. Das kann man in bestimmten Bereichen mal machen, aber es hilft uns nicht, wenn wir die Fichte erhalten wollen. Nach dem Borkenkäfer kommt der nächste Schädling. Die Fichte ist in zu warmen Lagen im Klimawandel verloren. Es geht nicht anders.

Norwich Rüße (GRÜNE): Meine Frage geht an Herrn Wolff. Sie haben eben Bayern angeführt, dass in Bayern zumindest theoretisch der Grundsatz „Wald vor Wild“ gelten würde. Können Sie bitte mal darstellen, ob die Situation in Bayern auch praktisch eine bessere ist in den Wäldern? Und wenn wir hier in NRW etwas machen wollen würden, was müssten wir denn, weil wir sind ja hier der Gesetzgeber, wo tun?

Markus Wolff (Technische Betriebe Remscheid): Meine Damen und Herren! Herr Rüße, wir haben eben schon gehört, man kann Konzepte und Gesetze machen, aber das wahre Leben ist vielleicht etwas anders. In Bayern haben wir den Grundsatz „Wald vor Wild“ im Wald- und im Jagdgesetz stehen. Interessanterweise haben die Bayern aber bis heute noch den Rehwildabschussplan. Dort wird Rehwild nach Güte, Klassen und Altersstufen gehegt und gepflegt, dass sich die Balken biegen. Ich sage das mal so. Insofern muss man das eine tun, ohne das andere zu unterlassen. Wir brauchen diesen Grundsatz in Bundes- und in Landesgesetzen, aber wir müssen das natürlich auch so unterfüttern und praktisch umsetzen, dass das auf der Fläche auch wirkt. Bei den Fußballern gilt der Grundsatz, entscheidend ist auf dem Platz. Und das ist im Wald

eigentlich nicht anders. Da gibt es genug Beispiele, Expertise von Forstbetrieben bundesweit und in Nordrhein-Westfalen, die genau diese Situation mehr oder weniger einigermaßen gut überstanden und geregelt haben. Und auf diese Expertisen kann man zurückgreifen. Es sind viele Landesforstverwaltungen gerade dabei, genau nach diesen Grundsätzen ihre gesamte Betriebsstrategie umzusetzen.

Expertise, Erfahrungen, Konzepte gibt es genug. Wir müssen es nur endlich mal auf den Platz bringen.

Andreas Keith (AfD): Eben ist das Stichwort „Wald vor Wild“ gefallen. Da habe ich eine Frage an Herrn Modos. Wie hoch ist denn eigentlich „zu hoch“ bei den Wildbeständen gerade im Hinblick auf die Naturverjüngung? Wie sehen Sie das?

Gregor Modos (Bündnis für Wald und Wild): Das ist eine sehr grundsätzliche Frage, denn eine pauschale Aussage zu „zu hoch“ gibt es nicht. Man kann es nur für die einzelnen Bereiche, für die einzelnen Parzellen bzw. Reviere und Waldbereiche sagen, aber das ist ja das grundlegende Problem unserer Ansicht nach. Es wird immer davon geredet, dass die Wildbestände zu hoch sind, und das halt auch sehr pauschal. Man muss erst einmal sehen, wie man diesen Begriff „zu hohe Schalenwildbestände“ überhaupt definiert, um zu wissen, wohin die Reise gehen soll. Denn sonst passiert es, wie zum Beispiel gerade eine Studie durch die Deutsche Wildstiftung nahelegt, dass eben gerade in Bayern, wo ja „Wald vor Wild“ im Jagdgesetz steht und auch durch den Bayerischen Staatsforst konsequent durchgezogen wird, die alten Gamsbestände extrem stark reduziert wurden, teilweise auch so, dass sie in manchen Bereichen auch durch die Schonzeitaufhebung für das ganze Jahr an ihrer Existenzgrenze sind. Und das kann ja eigentlich auch nicht der Sinn sein. Es soll ja nicht über das Ziel hinaus geschossen werden. Deswegen müsste erst mal grundsätzlich unserer Ansicht nach die Definition von „zu hohen Schalenwildbeständen“ geklärt werden.

Jochen Ritter (CDU): Ich habe eine Frage an die Waldbauern zu einem Thema, was wir heute noch nicht diskutiert haben, nämlich den Umstieg von indirekter auf direkte Förderung. Das wird kontrovers diskutiert. Sicherlich gibt es Bedingungen, unter denen man sich das einfacher vorstellen könnte, aber das jetzt mit Bausch und Bogen über Bord zu werfen, ist vielleicht auch nicht der richtige Weg. Wie stehen Sie dazu, Frau Buß-Schöne?

Heidrun Buß-Schöne (Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen): Die Umstellung von der jetzt indirekten Förderung auf die direkte Förderung ist nach allem, was die Rechtsgelehrten uns sagen, alternativlos aufgrund des Wettbewerbsrechts.

Jetzt ist der Umstieg zu einer Zeit, in der wir extreme Probleme haben mit den Klimauswirkungen, in der wir einen zusammengebrochenen Holzmarkt haben, natürlich wirklich schwierig. In diesem Jahr kommt noch Corona hinzu, und das schränkt die Versammlungsfähigkeit der Leute ein. Das ist aber eine wichtige Voraussetzung, wenn sich die FBGen für einen neuen Dienstleister entscheiden müssen. Erst mal müssen sie diesen praktischen Weg gehen. Das können sie nicht von selbst. Das haben sie

noch nie gemacht. Die Leute, die an ihre Seite gestellt werden sollten, sind nicht da. Es gibt Informationsveranstaltungen. Die sind zwar gut, aber die nehmen die Leute nicht an die Hand, die 40 Jahre damit überhaupt nichts zu tun hatten.

Das heißt, eine Verschiebung dieser Umstellung ist absolut in unserem Sinne. Es ist zwar jetzt die Versammlungsfreiheit wieder extrem gelockert worden, aber wir müssen uns auch nichts vormachen: Das Klientel, die Mitglieder in den Forstbetriebsgemeinschaften, das ist die sogenannte Coronarisikogruppe. Das heißt, wir brauchen die Basisentscheidung bei den Forstbetriebsgemeinschaften. Das jetzt auf den Vorstand abzuwälzen, das muss jede FBG für sich entscheiden, sehen wir aber nicht als zielführend an. Eine Streckung des Verfahrens, ohne in der Sache selbst nachzulassen, ist somit richtig. Der Waldbauernverband hat bereits im März dem Ministerium gegenüber eingefordert, dass hier Flexibilität erforderlich ist.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ich habe noch eine Frage an Herrn Naendrup vom SDW. Sie führen aus, keine weiteren Wildnisgebiete auszuweisen. Sie haben in Ihren Zuschriften klargemacht, es geht ja auch um Holznutzung. Und da einfach die Frage: Gibt das NRW-Waldbaukonzept und das zu erwartende Wiederbewaldungskonzept die Möglichkeit, im Sinne Ihrer Vorstellung Biodiversität in den Wald zu bringen?

Gerhard Naendrup (Schutzgemeinschaft Deutscher Wald): Vielen Dank für die Frage. Das WildnisKonzept hat die Schutzgemeinschaft immer schon sehr kritisch begleitet, gerade auch vor dem Hintergrund der Klimaschutzwirkung des Waldes, des bewirtschafteten Waldes, was nach unserem Dafürhalten auch wissenschaftlich belegt ist. Das ist eigentlich der Hauptgrund.

Förderung der Biodiversität im Wald ist im Waldpakt als ein Ziel beschrieben, das gemeinsam verfolgt wird, auch vor dem Hintergrund, was die Stabilität der Waldbestände anbetrifft. Da gibt es nach unserem Dafürhalten in der jetzigen Situation, wo wir so eine hohe Anzahl an Kalamitätsflächen haben, dass man, was aktuell ein Manko ist, dass wir eben keine entsprechend ausgeprägten Waldränder – sowohl Außen- als auch Innenränder – haben, was der Biodiversität enorm nutzen würde, das gezielt in das Förderprogramm aufnimmt, wobei man auch anmerken muss, diese Förderung gibt es seit Jahren, die Mittel werden nicht abgerufen ... Hintergrund ist – das war immer das Argument –, dass gesagt wurde, so wie sich der Wald aktuell gestaltet, die Waldränder, müssten wir entweder Flächen zukaufen oder wir würden eben Produktionsflächen verlieren. Da würde man jetzt die Möglichkeit haben, das gezielt weiterzuentwickeln. Es gibt ja eine Projektarbeitsgruppe, die das Wiederbewaldungskonzept begleitet. Und da wird, wie ich finde, sehr positiv eben auch das Thema „Waldrand“ nachdrücklich berücksichtigt.

Norwich Rüße (GRÜNE): Dann habe ich eine Frage an Frau Buß-Schöne vom Waldbauernverband. Wir haben eben die Problematik aufgeworfen, wo der zu hohe Wildbesatz ist. Wir hatten ja damals die sogenannten Verbissgutachten eingeführt. Ich wüsste gerne, ob das aus Sicht des Waldbauernverbandes ein taugliches Instrument ist. Wo stehen wir da bei der Umsetzung in der Fläche?

Heidrun Buß-Schöne (Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank. Bei der Wildproblematik müssen wir immer unterscheiden – das ist heute schon deutlich geworden –, dass wir auf der einen Seite den Kleinprivatwald haben, der so gut wie gar keine oder nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten hat, den Verbiss zu ändern bzw. den Abschuss zu verändern.

Der größere Privatwald, der eigene Jagdprivatwald, hat das selber in der Hand und ist im Rahmen seiner Möglichkeit natürlich selbst dafür verantwortlich, was er schießt, hat aber natürlich immer damit zu kämpfen, dass, selbst wenn er seinen Abschuss in seinem Beritt erhöht, natürlich das Wild aus der Umgebung auch wieder einwechseln kann.

Das heißt, die Verbissgutachten sind ein richtiger Weg, um festzustellen, wie die Wilddichte sich auswirkt und was an Baumarten natürlich hochkommt. Wir sprechen hier von der Entmischung, und wir werden keinen Waldumbau hinkriegen, wenn wir weiterhin diese Entmischung zulassen. Das heißt, hier sind die Verbissgutachten im Moment die einzigen Anzeichen, um diese Verbissbelastung richtig einschätzen zu können.

Aber auch hier gilt, dass ein Gutachten alleine noch nichts aussagt, sondern die Instrumente müssen gerade für den Kleinprivatwald geschaffen werden, der sich selber nicht helfen kann, zum Beispiel in Form von kurzen Vertragslaufzeiten für Jagdverpachtungen.

Rainer Deppe (CDU): Ich will mal da direkt anschließen. Und zwar möchte ich eine Frage zu der Rolle der Forstbetriebsgemeinschaften und auch des Dachverbandes, also sprich des Waldbauernverbandes, stellen. Sie haben vorhin gesagt, der einzelne kleine Waldbesitzer kann ja nichts machen. Das ist so eine Diskussion, die wir am Infostand auch führen: Der einzelne Bürger kann ja nichts machen. – Sie sind ja alle organisiert. Wenn es eine Jagdgenossenschaft gibt, dann sind da Jagdgenossen, die zu den Genossenschaftsversammlungen gehen. In der Regel sind die meisten Grundstückseigentümer entweder Landwirte oder Forstwirte, je nachdem, in welchem Landesteil wir uns bewegen. Die Frage ist: Was unternehmen der Waldbauernverband und die Forstbetriebsgemeinschaften eigentlich vor Ort, um diesem Umsetzungsdefizit, das Sie eben beschrieben haben, tatsächlich entgegenzuwirken?

Heidrun Buß-Schöne (Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen): Wir können auf die Forstbetriebsgemeinschaften nur durch Informationen einwirken. Die Forstbetriebsgemeinschaften werden informiert über uns und vom jeweiligen Betreuungsförderer. Ob das jetzt ein privater ist oder ein staatlicher, das ist der gleiche Informationsfluss.

Die Waldbesitzer haben Probleme damit, dass Aufforstung zum Beispiel nicht durchkommt, dass die Aufforstungen verbissen werden vom Wild. Da herrscht eine sehr gute Informationslage.

Das ist das Einzige, was wir im Moment tun können, dass wir die Waldbesitzer und die FBGen anhalten, in Jagdgenossenschaftsversammlungen ihre Rechte wahrzunehmen

und zu sagen, der Jagdpächter muss mehr das Rehwild reduzieren. Hier gibt es die Argumente, und die Argumente ergeben sich durch die Verbissbelastungen im Vergleich zum Beispiel zu diesen Weisergattern.

Andreas Keith (AfD): Meine Frage geht an Herrn Gerdemann. In den Wiederaufforstungsprogrammen wird immer wieder auf bestimmte interessante Baumarten abgestellt, die klimastabil und wirtschaftlich sind. Ich habe das Gefühl, dass sich da ein Stück weit auf die Förderung konzentriert wird. Sollte man nach Ihrer Meinung da auch einen anderen Fokus festlegen, oder wie sehen Sie das?

Gunnar Gerdemann (Bündnis für Wald und Wild): Für die Baumarten, die in unseren Wäldern wachsen und hochwachsen, wenn die vom Wild zum Beispiel verbissen werden, müssten wir Ablenkförderung einführen und den Freizeitdruck auch mal rausnehmen aus dem Wald, damit das Wild sich ein bisschen zurückziehen kann und nicht konzentriert wird. Das sehen wir so.

Norwich Rüße (GRÜNE): Wir haben an einigen Stellen über Förderung gesprochen. Die kann ja auch sehr sinnvoll sein. Aber als Landwirt weiß ich auch, dass es nicht immer einfach ist, einen Förderantrag zu stellen. Man wünschte es sich einfacher, so einfach, wie man zum Beispiel gerade Soforthilfen kriegen konnte in der Coronakrise. Da konnte man Förderungen sehr einfach aufbauen. Meine Frage wäre: Was müsste sich konkret im Rahmen der Förderung tun, oder ist es überhaupt für Waldbauern ein Problem? Ich kenne das halt aus der Landwirtschaft, dass viele Bauern sagen: Investitionsmittel rufe ich gar nicht mehr ab, ist mir alles viel zu kompliziert, mache ich nicht. – Das ist ja sehr schade, weil wir wollen eigentlich, dass alle Zugang zu diesen Mitteln haben, damit wir breit wirken können. Ich richte meine Frage an alle, und derjenige, der sie beantworten möchte, der beantwortet sie. Irgendwer wird sich jetzt finden und sagen: Ich kann dazu was sagen.

Rainer Strunz (Strunz Waldpflege GmbH): Wenn man sich eine Katastrophenfläche ausmalt, die sieht ziemlich wild in der Förderung aus. Da wird von Reihen gesprochen, da wird von bestimmten Stückzahlen pro Hektar gesprochen. Wenn ich jetzt hergehe mit meiner Aufforstung, da fliege ich ja aus allen Förderprogrammen raus, weil ich mich einfach am ... Ich schaue mir an, ich markiere einen Pflanzplatz. Ich würde alle Herren und Damen mal einladen, sich das draußen anzuschauen. Wir fliegen komplett raus aus der Förderung. Da kommt der Förster, der das nachher abnehmen soll. Der kommt mit der Aufforstung gar nicht zurecht. Blöderweise wächst die Fläche aber phantastisch im Gegensatz zu diesen ganzen geförderten Flächen. Und wenn man dann eben mal überlegt, Kyrill, glaube ich, 100 Millionen Euro Fördermittel, und dann sind, glaube ich, 16 Millionen oder ein ganz kleiner Teil abgerufen worden. Wir stehen vor dem gleichen Desaster jetzt wieder. Da sollte man erst mal mit den Waldbauern reden: Warum holt ihr euch nicht das Geld, das so bereitwillig bereitgestellt wird? Das Problem ist jetzt eben Faktor zehn größer als bei Kyrill und wahrscheinlich – ich weiß nicht, wieviel – mit wesentlich weniger Personal, als wir bei Kyrill hatten. Und da ist auch schon die Aufforstung und die Pflege desaströs gewesen. Was beeindruckend war,

war das Aufarbeiten von Holz. Aber nachher die ganze Aufforstung hat ja schon in großen Teil nicht mehr stattgefunden, hat stattgefunden, ist aber nie mehr kontrolliert worden. Also, wenn ich heute rumfahre, sehe ich Birkenflächen. Ich sehe schöne Fichtenflächen, die aufgeforstet worden sind, die sauber gepflegt worden sind, und ich sehe Birkenflächen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Wolff, Sie haben auch noch eine Minute, und dann Herr Klingebiel.

Markus Wolff (Technische Betriebe Remscheid): Ich wundere mich, dass auch wir als Waldbesitzer genau diese Frage nicht schon längst seit Wochen und Monaten gestellt haben. Ich komme auch jetzt auf die Coronazeit zurück. Nach meiner Information hat in Nordrhein-Westfalen jeder Imbissbudenbetreiber die Soforthilfe quasi am Netz mit der Eingabe seiner Betriebsnummer und mit der Eingabe von Name, Adresse usw. beantragen können. Ich kenne es aus meinem persönlichen Umfeld: Eine Woche später waren mindestens 9.000 Euro auf dem Konto, ohne Papierkram, ohne sonstige Dinge. Warum gilt das eigentlich nicht für die Waldbesitzer, die doch Gemeinwohlleistungen und Ökosystemleistungen, unsere Lebensgrundlagen, sichern? Dagegen haben wir jetzt wieder neue Förderrichtlinien auf den Tisch bekommen, wo wir über Landes-, Bundestöpfe diskutieren, GAK-Anteile, EU-Anteile, Festbetragsfinanzierung von 1,43 Euro für Roteiche, für Rotbuche gibt es aber nur 1,21 Euro. Die Administration, die Bürokratie dahinter ist vollkommen unverständlich im Vergleich zu dem, was scheinbar jetzt möglich ist in Coronazeiten. Warum geht das nicht viel einfacher genauso für die Waldbesitzer, ob privat oder kommunal?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Rüße, Sie müssen gleich noch mal die Frage stellen, weil es gibt noch ein paar mehr, die sich dazu gemeldet haben. Wir sind mit den drei Minuten jetzt durch.

Jochen Ritter (CDU): Ich hätte gerne noch eine Stellungnahme von Herrn Halbe zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Wald. Sie sehen das ja relativ differenziert. Ein Antrag geht in die Richtung. Deshalb gerne ein paar Sätze von Ihnen dazu.

Bernhard Halbe (Bürgermeister Stadt Schmalleberg): Es ist natürlich auch eine forstfachliche Frage. Wir sehen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Grunde als Ultima Ratio, wenn keine anderen Dinge mehr helfen. Beim Borkenkäfer werden halt die Stämme, die am Wegrand konserviert werden sollen, dann auch behandelt. Ansonsten findet nach meiner Erkenntnis wenig Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Wald statt. Wir sehen die Gewinne eigentlich nicht, die man mit Pflanzenschutzmitteln ziehen könnte, und haben natürlich dann sehr empfindliche Umgebungen, häufig Trinkwasserschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Ähnliches. Also, da einen Gewinn zu sehen, ich habe hier Insektizide, die man verwendet, das drängt sich eigentlich nicht auf.

Ich möchte noch etwas zur Förderung sagen. Das Problem ist der öffentliche Zweck. Es gibt öffentliches Geld für einen öffentlichen Zweck, und dieser öffentliche Zweck wird kontrolliert, er wird fachlich kontrolliert, er wird fachlich sehr intensiv kontrolliert. Wenn man leichtere Wege fände, also eine Einpflanzung und dann eine Kontrolle und dann einen Betrag, könnte ich mir das gut vorstellen. Aber so einfach ist das nun wirklich alles nicht. Wir möchten ja Hilfe zur Selbsthilfe machen, und wir möchten eigentlich, dass wir in 50 Jahren ein Waldbild haben, das Mischwald ist, das auch den Wald als Rohstofflieferant nach wie vor sieht. Diese Dinge sollen ja alle eintreten. Und da habe ich den richtigen Schlüssel für das Schloss, wie man das einfach machen kann, leider auch noch nicht gefunden.

Norwich Rübe (GRÜNE): Dann würde ich jetzt mal Herrn Klingebiel fragen, ob er denn den Schlüssel hat an der Stelle. Sie hatten sich ja auch noch gemeldet zu meiner Frage vorhin und wollten sich dazu äußern.

Harald Klingebiel (Regionalverband Ruhr): Danke. Nur ein kurzer Erfahrungsbericht: Ich habe letztes Jahr im Dezember einen Förderantrag gestellt, Flächen identifiziert, die dafür infrage kommen, mich durch die ganzen Formalien durchgearbeitet, habe dann auch einen Antrag beim Regionalforstamt gestellt. Dann war ich knapp unter der Bagatellgrenze von 12.000 Euro oder 12.500 Euro. Deshalb ist mein Förderantrag abgelehnt worden. Ich hätte sozusagen alles von vorne machen können. Ich habe dann die Sachbearbeiterin am Forstamt gefragt, wo ich das denn hätte erkennen können. Da hat sie mich aufwändig verwiesen. Das war sozusagen in den Regularien überhaupt nicht drin. Da war sozusagen noch mal was daneben, wo dann diese Bagatellgrenze drinstand. Damit war meine Arbeit für die Tonne, und ich habe da erst mal nichts gekriegt.

Rainer Deppe (CDU): Ich möchte noch mal auf das Thema „Umstieg der Beförderung“ zurückkommen. Das ist jetzt erst einmal um ein Jahr verschoben worden, der letztmalige Umstieg. Ich habe da mal eine Frage an Frau Buß-Schöne. Sie haben eben gesagt, dass es offenbar aus rechtlicher Sicht keine Alternative gibt. Es ist bekannt, dass in absehbarer Zeit – vielleicht steht es schon unmittelbar bevor – die Sägeindustrie, die ja sonst immer so hochgehalten wird, gegen das Land und wahrscheinlich auch gegen die Waldbauern Klage einreichen wird auf Schadenersatz aufgrund der unrechtmäßigen Durchführung der Beförderung. Welche Beträge wären denn die Waldbauern bereit, von dem Prozessrisiko zu übernehmen, was durch eine längere Aufrechterhaltung dieses im Moment rechtswidrigen Zustandes zu erwarten ist?

Heidrun Buß-Schöne (Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank, Herr Deppe. Bei der Schadenersatzklage geht es nicht um die Beförderung, sondern ausschließlich um den Holzverkauf.

Zum Holzverkauf: Um Ihre Frage klar zu beantworten: keine Mittel, und zwar aus folgendem Grund: Die Bündelung des Kleinstprivatwaldes der FBGen und die Vermar-

kung für die Forstbetriebsgemeinschaften und Waldgenossenschaften und alle anderen Zusammenschlussformen durch den Staat ist erfolgt im Sinne der Sägeindustrie. Die haben eine Bündelungsfunktion dadurch erhalten, denn ein kleiner Waldbesitzer ist in aller Regel gar nicht marktfähig und kann gar nicht die Sortimente der Sägeindustrie so, wie sie sie benötigt, anbieten. Das ist im Einzelfall immer möglich, aber nicht in dem großen Umfang. Das heißt, die Schadenersatzklage zielt darauf ab, dass die Sägeindustrie meint, hier einen Preisnachteil gehabt zu haben durch die zentrale Vermarktung. Dieser Preisnachteil – der angebliche – wird aber durch Vielfaches aufgewogen, durch die Bündelungsfunktion und durch erhebliche Personaleinsparungen bei der Sägeindustrie selbst, die ansonsten nämlich alle kleinen Waldbesitzer selber hätten abfahren müssen bzw. mit denen Verträge abschließen müssen.

Also, das ist ein Irrsinn, was hier gerade gemacht wird. Der Kleinprivatwald hat über Jahrzehnte darauf vertraut, dass der Staat hier rechtmäßig handelt. Dieses Vertrauen haben wir bisher nicht aufgegeben, nur weil die Schadenersatzklage angekündigt wurde.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich habe noch eine Frage, weil es ein Punkt auch in unserem Antrag war. Da sind wir auch alle, denke ich, eigentlich einer Meinung, die Förderung Holzbauweise. Können Sie dazu etwas sagen? Gibt es dazu ein Umdenken? Da wäre aus meiner Sicht insbesondere die öffentliche Hand gefordert, zu sagen: Wir sind bereit. – Ich nenne jetzt mal das Beispiel eines neuen Gesundheitsamts. Das wäre im Kreis Steinfurt gerade der Fall. Das ist aber in klassischer Betonbauweise mal wieder errichtet worden. Haben Sie irgendwo Hinweise, dass da in der kommunalen Familie, weil ich glaube, da muss die öffentliche Hand, müssten auch wir als Land eine Vorreiterrolle einnehmen, irgendetwas passiert, dass da wirklich nachgedacht wird, Dinge angeschoben werden und erste Projekte auf den Weg gebracht werden?

Heidrun Buß-Schöne (Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen): Herr Rüße, vielen Dank. Nein, wir erkennen das im Moment noch nicht. Wir sind in Nordrhein-Westfalen Schlusslicht oder auf dem vorletzten Platz, was die Holzbauweise angeht. Wir haben schon vor Jahren, als wir im Cluster Wald und Holz Nordrhein-Westfalen zusammengearbeitet haben mit den verschiedenen Disziplinen, gefordert, dass auch die Ausbildung an den Technischen Universitäten dahingehend verändert wird, dass die Holzbauweise dort einen stärkeren Eingang in die Lehre findet. Das ist aus unserer Sicht bisher nach wie vor nicht in dem Umfang passiert, wie wir das möchten. Es geht nicht nur um Neubauten, es geht auch um Aufstockungen, Nachverdichtungen heißt das, glaube ich, im Städtebau. Und auch hier wird noch viel zu wenig mit Holz gearbeitet. Bei jeder Novellierung der Landesbauordnung geben wir diesen Input, dass mehr auf Holzbauweise gesetzt werden soll.

Andreas Keith (AfD): Ich habe noch mal eine Frage an die Vertreter der Strunz Waldpflege, an Herrn Strunz und an Herrn Conzen. Eben hat Herr Klingebiel ausgeführt, dass, was die Borkenkäfer betrifft, er da keinen allzu großen Nutzen drin sieht. Meine Frage: Sie kommen, glaube ich, aus dem Regionalverband Ruhr. Da ist ja relativ wenig

Fichte in der Höhenlage bzw. im Flachland. Meine Frage geht jetzt mal an die Personen, die insbesondere im Sauerland und in dem Bereich tätig sind, zumal auch die zweite Frage nicht ganz beantwortet ist, ob man den Wirkstoff, der in Trinet-Fallen verwendet wird, der demnächst ausläuft, verlängern sollte. Vielleicht können Sie das noch mal ganz konkret beantworten.

Und welche Erfahrung haben Sie vor Ort bezüglich dieser Borkenkäferfallen? Wir haben eben gehört – auch von Ihnen gehört –, dass der Wald momentan teilweise auch emittent ist von CO₂. Da gilt es doch eigentlich, jeden Hektar zu schützen bzw. zu vermeiden, dass der Wald abstirbt. Wir hatten ja auch gefordert, zu eruieren, wo man diese Fallen sinnvoll aufstellen könnte. Wie ist Ihre Meinung? Was, glauben Sie, hätte man da machen können in den betroffenen Regionen selbst?

Rainer Strunz (Strunz Waldpflege GmbH): Ich bin da etwas zwiegespalten. Es gibt riesige Gebiete, die sind aufgegeben worden. Da ist Land unter. Da brauchst du nicht mehr weiterzumachen. Wenn ich sehe, dass ein Forstamt mit einer Tüte mit vier, fünf kg Borkenkäfer nach Hause kommt, wenn man weiß, dass das Vieh sehr klein ist, dann sind die komplett aufgegeben. Das tut mir sehr leid. Ich bin der Meinung, solange man kämpft, kann man noch gewinnen. Herr Conzen ist wirklich ein Waldbauer durch und durch. Er ist eigentlich permanent draußen und kämpft. Bei ihm ist der Wald noch in Ordnung. Wir hatten Kyrill gehabt. Er hat jetzt Borkenkäfer gehabt. Der ist immer am Zuge. Außen herum sehe ich aber, dass gar nichts passiert. Da brauche ich keine Fallen mehr hinzustellen, wenn da nicht gekämpft wird. Das ist halt sehr zwiegespalten, wie hoch der Einsatz vor Ort ist.

Rolf Conzen (Strunz Waldpflege GmbH): Ich habe ungefähr 20 Fallen aufgestellt, 10 Trinet-Fallen und, ich glaube, 15 andere Fallen, die alten Lockstofffallen. Man kann beobachten, dass da, wo die Fallen stehen, etwas weniger Fichten befallen sind. An anderen Ecken habe ich keine Fallen. Da ist dann mehr Fichtenbefall. Aber den Totalbefall durch das warme Wetter kann man damit nicht verhindern. Aber man sieht auf jeden Fall, wann der größte Befall ist. Da kann man intensiver die Bestände angucken und sehen, wo sich der Käfer in die Fichten einbohrt. Das sieht man am besten durch die Fallen. Ich sehe, ob die voll ist oder ob da nur 10 Käfer oder 6.000 Käfer drin sind. Das sind ja bestimmte Intervalle. Die Käfer brauchen sechs bis acht Wochen, bis die sich vermehren, und fliegen dann wieder aus. Wenn es dann warm ist, dann bohren sie sich in die Fichten ein. Also, ich kann durch die Fallen kontrollieren, wann ist ein Schadzeitpunkt, wo ich eingreifen muss. Von daher wäre es auf jeden Fall sinnvoll, die weiter zu fördern.

Rainer Deppe (CDU): Ich möchte noch eine Frage an Herrn Naendrup stellen, und zwar zu dem Thema „Baumprämie“. Wir haben es am Anfang mal angesprochen. Das ist ja ein wesentlicher Ausblick auf die Zukunft, auf die Sicherstellung unseres Waldes, weil eben das Geschäftsmodell dabei ist, wegzufallen. Wie wird das aus Sicht der Schutzgemeinschaft gesehen, und haben Sie Hinweise, die Sie uns noch mitgeben können, was die Realisierung eines solchen Konzeptes angeht?

Gerhard Naendrup (Schutzgemeinschaft Deutscher Wald): Danke für die Frage, aber da kann ich Ihnen leider nicht weiterhelfen. Vom Verband her gibt es da noch kein abgeschlossenes Bild und keine Position. Im Rahmen der Grünen Woche hatten wir Veranstaltungen, wo auch Vertreter des Bundesministeriums da waren. Das Ganze ist ja auch auf Bundesebene angekommen. Man beschäftigt sich damit, aber da gibt es noch keine Lösungsansätze, zumindest keine, die mir bekannt sind.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. Ich schaue jetzt noch mal in die Runde. Ich sehe keine weiteren Fragen.

Vielen herzlichen Dank an die Experten und danke auch für Ihre Disziplin, für die Beantwortung und dafür, dass Sie gekommen sind und uns hier Experteninformationen gegeben haben. Ich danke auch allen Kollegen, dass Sie sich an alles gehalten haben.

Wir werden zunächst das Protokoll abwarten und das dann in dem Ausschuss beraten. Ich wünsche allen einen guten Heimweg. Bleiben Sie gesund!

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzender

Anlage

04.06.2020/24.06.2020

73

Anhörung von Sachverständigen

des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Der Forstwirtschaft in NRW unbürokratisch helfen – Hilferufe der nordrhein-westfälischen Waldbauern ernst nehmen!

Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 17/7534

und**Klimawandel ernst nehmen - Maßnahmen zur Rettung der Wälder in NRW deutlich verstärken!**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/7901

am Mittwoch, dem 20. Mai 2020

13.30 Uhr, Raum E 3 A 02

Eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	-	17/2674
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	-	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	-	
Waldbauernverband Nordrhein-Westfa- len e. V. Düsseldorf	Heidrun Buß-Schöne	17/2683
Familienbetriebe Land und Forst NRW e. V. Düsseldorf	Florens von Bockum-Dolffs	17/2672
Stadt Schmalleberg Bürgermeister Bernhard Halbe Schmalleberg	Bernhard Halbe	17/2685
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Oberhausen	Gerhard Naendrup	17/2653
Regionalverband Ruhr Harald Klingebiel Haltern am See	Harald Klingebiel	17/2679
Technische Betriebe Remscheid Markus Wolff Remscheid	Markus Wolff	17/2656
Strunz Waldpflege GmbH Passau	Rainer Strunz Rolf Conzen	17/2696

Eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Bündnis für Wald und Wild e.V. Bad Frankenhausen	Gregor Modos Gunnar Gerdemann	17/2660
IG BAU - Landesverband Forst NRW Peter Wicke Steinfurt	Peter Wicke	17/2695
Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V. Uwe Schölmerich Bonn	Uwe Schölmerich	17/2668